

---

## Newsletter Juli/August 2020

---

<b>Editorial.....</b>	<b>S. 1</b>
<b>Veranstaltungen und Berichte aus dem NS-Dokumentationszentrum.....</b>	<b>S. 2</b>
<b>Weitere Veranstaltungen.....</b>	<b>S. 6</b>
<b>Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....</b>	<b>S. 9</b>
<b>Neu in der Bibliothek.....</b>	<b>S. 25</b>
<b>Am rechten Rand.....</b>	<b>S. 26</b>
<b>Bildnachweise und Impressum.....</b>	<b>S. 29</b>

---

### **Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,**

in Köln und in vielen anderen Städten fanden am 7. und 8. Juni 2020 beeindruckende Demonstrationen gegen Rassismus statt. Auf den Straßen kamen insbesondere junge Schwarze Deutsche und Menschen of Colour zusammen. Anlass war der Tod von George Floyd am 25. Mai in Minneapolis, der weltweit zu Protesten geführt hat. In Köln wurde nicht nur Solidarität mit der „Black Lives Matter“-Bewegung in den USA gezeigt, sondern auch die Wut über die Erfahrung von Alltagsrassismus hierzulande zum Ausdruck gebracht. Deutschland habe ein „anhaltendes Problem mit rassistischer Diskriminierung“, so Bernhard Franke, kommissarischer Leiter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bei der Vorstellung des Jahresberichts 2019 (s. S. 18). Demnach ist die Zahl der Beratungsanfragen aufgrund rassistischer Diskriminierungen im letzten Jahr deutlich angestiegen. Als Konsequenz daraus fordert Franke u.a. eine stärkere Unterstützung von Betroffenen sowie den Schutz vor Diskriminierung bei staatlichem Handeln eindeutiger zu fassen. Dies bedeute auch die Verbesserung von Beschwerdewegen bei der Polizei.

Denn auch dort gibt es – wie in jeder anderen Organisation – Rassismus. Immer wieder bekommen nicht-weiße Menschen das Gefühl vermittelt, dass sie aufgrund ihrer Hautfarbe häufiger kontrolliert werden als andere. „Die afrikanische Community hat noch nicht die Erfahrung gemacht, dass die Polizei da ist, um sie zu schützen, sondern sie hat eher den Eindruck, dass die Polizei da ist, um sie zu verdächtigen“, sagt Sylvie Nantcha, Freiburger Politikerin und erste afrodeutsche CDU-Stadträtin Deutschlands im Interview mit der Deutschen Welle.

Das Thema bekam mit der Diskussion um die Ermittlungen zu den Taten des NSU neue Aktualität. Der Untersuchungsausschuss im Bundestag sprach von einem „Organisationsversagen“. Forscher wie Christoph Kopke, Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte im Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin fordern daher wissenschaftliche Untersuchungen. So sei die Sensibilität in der Polizei nach dem NSU zwar gestiegen, die Gefahr rassistischer Einstellungen aber „keineswegs auf Dauer gebannt“. Unterstützt wird er dabei auch von der ehemaligen Polizistin und jetzigen GRÜNEN-Politikerin Irene Mihalic: „Wir müssen herausfinden, ob es ein strukturelles Rassismus-Problem innerhalb der Polizei gibt“, so Mihalic im SPIEGEL. Die Black Lives Matter-Demonstrationen haben jedenfalls die Notwendigkeit der Diskussion, aber auch des Handelns verdeutlicht.

In eigener Sache: Noch immer ist es coronabedingt schwer, Veranstaltungen durchzuführen. Umso wichtiger sind Veröffentlichungen, Podcasts und Dokumentationen von Veranstaltungen im Juni. Hinweise dazu finden Sie einige in unserem Newsletter. Für die Unterstützung bei dieser Ausgabe danke ich Julia Klatt und Patrick Fels. Trotz und wegen der für einige von Ihnen belastenden Zeiten wünsche ich Ihnen schöne und erholsame Sommerferien. Im August machen auch wir eine Pause. Der nächste Newsletter der ibs erscheint im September 2020.

Hans-Peter Killguss,  
Leiter der Info- und Bildungsstelle  
gegen Rechtsextremismus

## **Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums**

Bitte beachten Sie: Das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln ist seit dem 5. Mai 2020 zu den üblichen Öffnungszeiten wieder geöffnet. Alle Veranstaltungen im Juli und August 2020 mussten jedoch aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt bzw. verschoben werden. Bitte informieren Sie sich auf [www.nsdok.de](http://www.nsdok.de) über die aktuellen Entwicklungen.

Die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus hat einen neuen Online-Workshop zum Thema Rassismus entwickelt sowie neue Bildungsformate zum Antisemitismus erstellt, die teilweise auch online durchführbar sind. Alle Angebote finden Sie auf den folgenden Seiten oder unter [www.nsdok.de/ibs](http://www.nsdok.de/ibs)

---

### **Workshop Rassismus und Diskriminierung als Online-Workshop für Schüler\*innen und Jugendgruppen**

In diesem Workshop gehen die Teilnehmenden den Fragen nach, was Diskriminierung und Rassismus sind und wo diese uns begegnen. Es werden verschiedene Formen und Ebenen dieser Phänomene thematisiert, eigene Bilder und Stereotype reflektiert und Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus und Diskriminierung in der Schule und im Alltag besprochen. Da diese Themen auch zu Corona-Zeiten sehr wichtig sind, bieten wir unseren bisherigen Workshop 1 nun auch als Online-Option an.

Dauer: ca. 180 Minuten | kostenfrei | Online-Tool: BigBlueButton (frei verfügbar, muss nicht runtergeladen werden)

Buchbar unter: [www.nsdok.de/ibs/schulen](http://www.nsdok.de/ibs/schulen)

---

## **Workshops zum Thema Antisemitismus für Schülerinnen und Schüler**

### **1. Dreistündige Mitmach-Workshops**

- Sensibilisierung für das Thema „Vielfalt“ und „Zugehörigkeit“
- Was ist Antisemitismus? Welche Erscheinungsformen gibt es? Wie wird Antisemitismus kommuniziert? Welche Funktionen erfüllt er? Interaktive Annäherungen an das Phänomen.
- Welche Auswirkungen hat Antisemitismus für Betroffene? Arbeit mit medial aufbereiteten Selbstzeugnissen.
- Was kann ich gegen Antisemitismus tun? Welche Möglichkeiten, mich dazu zu verhalten, gibt es? Interaktive Positionierungsübungen mit SOS-Leitfaden zum Thema »Antisemitismus« mit Informationen zu Beratungs- und Hilfsangeboten sowie Kontakten zu einschlägigen Organisationen und Akteur\*innen in diesem Feld.

### **2. Vierstündige XL-Workshops**

Der Workshop basiert auf dem dreistündigen Mitmach-Workshop, wird jedoch erweitert um eine Beschäftigung mit der Vergangenheit und Gegenwart jüdischer Geschichte in Köln. Integriert ist in den Workshop ein Rundgang durch das EL-DE-Haus.

### **3. Dreistündiger Workshop „Nur Kritik, oder was? Antisemitismus unter dem Deckmantel der ‚Kritik am Staat Israel‘“ (aufbauend auf 3-stündigen Mitmach-Workshop)**

- Multiperspektivische Annäherung an die israelische Gesellschaft und den Nahostkonflikt anhand eines Films zur israelischen Staatsgründung
- Kritik vs. Antisemitismus. Arbeit mit Bildern, HipHop-Texten und Internetkommentaren
- Was hat eine Synagoge in Deutschland mit Israel zu tun? Arbeit mit unterschiedlichen Materialien zum Anschlag auf die Wuppertaler Synagoge 2014

#### **4. dreistündiger Workshop zum Thema Verschwörungstheorien – „Entkomme der Verschwörung!“**

- „Gedankenkontrolle aus der Steckdose!? Wer steckt dahinter?“ Szenischer Einstieg ins Thema Verschwörungstheorien mit Argumentationsübungen
- Was sind Verschwörungstheorien? Wie funktionieren und verbreiten sie sich? Was macht sie für so viele Menschen so attraktiv? Was haben sie mit Antisemitismus zu tun? Interaktive Annäherungen über die gemeinsame Analyse von Bildern, Texten und Videos
- Verschwörungstheorien in digitalen Welten – welchen Informationen vertraue ich? Wie gehe ich mit Verschwörungstheorien um, wenn sie mir begegnen? Interaktiver Input

#### **Buchung der Workshops jeweils unter:**

mhochzwei@stadt-koeln.de

---

### **Workshops zum Thema Antisemitismus für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren**

#### **1. Dreistündige Basis-Workshops**

Der Workshop basiert auf dem dreistündigen Mitmach-Workshop für Schüler\*innen (s.o.), ist jedoch an die Voraussetzungen und Bedarfe von Multiplikator\*innen angepasst. Vertiefend werden Strategien im Umgang mit Antisemitismus im beruflichen oder ehrenamtlichen Kontext diskutiert und Handlungsoptionen eingeübt. Informationen zu Beratungs- und Hilfsangeboten sowie Kontakte zu einschlägigen Organisationen und Akteur\*innen in diesem Feld werden ebenso zugänglich gemacht wie Texte und Methoden zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus, die zur eigenen Weiterbeschäftigung und Professionalisierung im Umgang mit Antisemitismus herangezogen werden können.

#### **2. Zweistündiges Basis-Workshop-Vertiefungsangebot zum Thema „Nur Kritik, oder was? Antisemitismus unter dem Deckmantel der ‚Kritik am Staat Israel‘“**

- Wie äußert sich israelbezogener Antisemitismus? Interaktive Auseinandersetzungen mit Bildern sowie jugendkulturellen Medien.
- Wie erkenne ich israelbezogenen Antisemitismus? Sind Grenzverläufe zwischen Kritik und Antisemitismus benennbar? Interaktive Auseinandersetzung auf der Basis exemplarischer Aussagen und Bilder.

#### **3. Achtstündige Fortbildungen für Multiplikator\*innen zum Thema „Das wird man doch noch sagen dürfen!? Argumentations- und Handlungsstrategien gegen Antisemitismus“**

Die Fortbildung ist in zwei aufeinander aufbauende, vierstündige Blöcke unterteilt, sie wird in einem geschützten Rahmen durchgeführt.

In Block 1 erfolgt eine interaktive Annäherung an das Phänomen »Antisemitismus«. Über die Anwendung von Methoden der politischen Bildung setzen sich die Teilnehmenden damit auseinander, was Antisemitismus ist, welche Erscheinungsformen existieren und wie Antisemitismus im Alltag kommuniziert wird. Alle eingesetzten Methoden können von den Teilnehmenden selbst in der eigenen beruflichen Praxis umgesetzt werden.

Über den Einbezug von Pressemeldungen, jugendkultureller Materialien, Äußerungen von Politiker\*innen und Ausschnitten aus der Alltagskommunikation von unterschiedlichen Menschen setzen sich die Teilnehmenden mit emotional besetzten Themen im Feld »Antisemitismus« auseinander. Eigene Sichtweisen können im geschützten Raum zu Sprache gebracht werden.

Die Diskussionen und Positionierungen aus dem zweiten Teil werden rückgebunden an den ersten. Ziel ist eine Sensibilisierung für thematische Spannungsfelder im Themenfeld Antisemitismus sowie die Förderung (selbst-)reflexiver Kompetenzen bei den Teilnehmenden.

Block 2 bietet Raum zur intensiven Auseinandersetzung mit Argumentations- und Handlungsstrategien und zum Erwerb von Handlungskompetenzen. Durch den Einbezug von Fallbeispielen aus der Praxis der Bildungsarbeit sowie von Videoclips und anderem Material werden solche Strategien nicht abstrakt vermittelt, sondern mit Fokus auf einen Nutzen in der alltäglichen Praxis von den Teilnehmenden ausprobiert und eingeübt. Dabei geht es auch um die Chancen sowie die Grenzen hinsichtlich der Anwendung einzelner Strategien.

#### **4. Dreistündige Workshops für Multiplikator\*innen zum Thema „#FirstAidAgainst-Hate. Antisemitismus in sozialen Medien“**

- Wie kann Antisemitismus in den sozialen Medien aussehen? Welche Foren und Plattformen sind für Jugendliche relevant? Fallbeispiele aus Facebook, Twitter, YouTube, Instagram und Messengern werden diskutiert und analysiert.
- Stärkung der Kompetenzen der Lehrer\*innen bezüglich Social Media.
- Praktische Übungen zum Umgang mit Antisemitismus im Bereich Social Media.

**Buchung der Workshops unter:**  
mhochzwei@stadt-koeln.de

#### **Edelweißpiraten Tour statt Festival**



Weil wir das Edelweißpiratenfestival 2020 wegen Corona leider nicht groß im Friedenspark feiern können, wir aber glauben, dass unsere Botschaft gerade in Krisenzeiten wichtig ist, machen wir aus der Not eine Tugend und feiern auf den Spuren der Edelweißpiraten, Navajos und anderer mutiger Jugendlicher, viele kleine Veranstaltungen in Köln und Umgebung.

Das Edelweißpiratenfestival-Team hat in kurzer Zeit eine erstaunliche Vielfalt auf die Beine gestellt. Dabei wurden neue Geschichten entdeckt und neue Allianzen geschmiedet. Die Tour bietet reichlich Gelegenheit, Geschichte vor der Haustür zu entdecken und sich im Geiste der Edelweißpiraten für eine weltoffene, solidarische Heimatkultur zu engagieren!

Inspiriert von der unangepassten Jugendkultur der Edelweißpiraten, spielt die Musik, das gemeinsame Musizieren im Grünen eine wichtige Rolle.

Dabei gilt es immer, die aktuellen Infektionsschutz-Regeln zu beachten, was zur Zeit bedeutet, dass wir maximal 100 Teilnehmer pro Veranstaltung zulassen können. Deshalb ist es ratsam, dass ihr euch jeweils verbindlich per Email anmeldet: frühestens 7 Tage vor der Veranstaltung mit dem Titel im Betreff. Vor Ort gilt, Abstand halten und aufeinander Acht geben! Einige Konzerte werden zudem live im Internet gestreamt, von anderen werden nachträglich Videos und Berichte auf edelweisspiratenfestival.de veröffentlicht.

#### **Edelweißpiraten sind treu**

Gedenk-Konzert, Freitag, 3. Juli 2020, 17.30 Uhr, Historisches Rathaus zu Köln, Piazzetta

Mit: Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Bündische und internationale Musik mit plauder, franca & merino sowie Ögünc Kardelen

Wir erinnern mit Liedern und Geschichten an die unangepasste Jugend während des NS-Regimes.

Anmeldung unter:  
info@edelweisspiratenfestival.de

Weitere Veranstaltungen:

Fr. 03.07., 20:30 Uhr Odonischer Biergarten, Hornstr. 85, 50823 Köln  
Cantus Portugueses - Global Music Club Cologne

So. 05.07., 12 Uhr, Treff: U-Bhf. Ramersdorf (Linien 62 + 66), 53227 Bonn  
Wanderung mit Musik: „Flucht zum Felsensee“

Do. 09.07., 19 Uhr, Bottmühlen-Hof, Severinswall 32, 50678 Köln  
Vortrag & Musik: „Meik Jovy - Bündischer, Widerstandskämpfer, Diplomat“. Stefan Peil berichtet an historischem Orte von bündischem Widerstand und Nachkriegs-Hoffnungen.

Fr. 10.07., 18 Uhr, Treff: Ecke Elsaßstr. / Bonnerstr.  
Stadtspaziergang mit Musik: „Widerstand, von der Elsaßstraße bis zum Volkgarten“. Mit Sabine Eichler und SakkoKolonias

Sa. 11.07., Fritz Encke-Volkspark, Kardorfer Straße, 50968 Köln  
Gedenkkonzert: „Paradies Colonia“

So. 19.07., 16:45 Uhr, Treff: St. Maria im Kapitol, Lichhof, 50676 Köln  
Stadtspaziergang mit Musik / Konzert am Café Franz (19 Uhr): „Von Christen & Kommunisten“. Bettina Lelong und Philipp Oebel spazieren mit uns auf widerspenstigen Spuren durch die Altstadt.

Sa. 01.08., Treff: 14 Uhr vor dem Karnevalsmuseum, Dünnwalder Mauspfad 391  
Stadt-/Waldspaziergang mit Musik: „Widerstand in Dünnwald“. Marc Jan Eumann zeigt uns die historischen Orte der Arbeiterbewegung und des jugendlichen Ungehorsam in Dünnwald.

So. 02.08., 17 Uhr, Treff: Leipziger-Platz, 50733 Köln Nippes  
Musikalischer Rundgang: „Der Nippeser Club der Edelweißpiraten“. Mit Jan Tengeler & Co auf den Spuren der Edelweißpiraten, die sich in der 40ern vor allem am Leipziger Platz trafen.

Fr. 07.08., 19:30 Uhr, Bauspielplatz, Friedenspark, Hans-Abraham-Ochs-Weg 1, 50678 Köln  
Gedenk-Konzert: „Ungerm Adler - Südstadt-Widerstand“. Hartmut Priess erzählt von seiner Jugend in der Südstadt und seinem Edelweißpiraten-Freund Schang Jülich.

Sa. 08.08., 16 Uhr, Treff: Kalker Stadtpark, Kalker Hauptstr. 212, 51103 Köln-Kalk.  
Musikalische Spurensuche: „Widerstand und Verfolgung auf der Schäl Sick“. Stadtteilspaziergang durch die ehemaligen Arbeiterviertel Kalk und Humboldt/Gremberg mit Monika Schoop und Sidney König auf der Suche nach versteckten Geschichten von Widerstand, Zwangsarbeit, jüdischem Leben und der unangepassten Jugend während der NS-Zeit.

Fr. 14.08., 19 Uhr, Secret Venue, Köln Ehrenfeld  
Gedenk-Konzert: „Für Barthel, Günther und all die anderen ...“ Die Rapper Retrogott & Nepumuk erinnern an die Ehrenfelder Edelweißpiraten und andere Unangepasste, die von den Nazis verfolgt und ermordet wurden.  
Ort gegen Anmeldung: info@edelweisspiratenfestival.de

Sa. 15.08., 16 Uhr, Kahnstation im Blücherpark, Escher Str. (Parkgürtel), 50739 Köln  
Park-Festivälchen: „Hier und dort“ Tour-Finale Überraschungsprogramm

So. 16.08., Hürth, 15 Uhr, Kulturbiergarten am Bürgerhaus, Friedrich-Ebert-Str. 40, 50354 Hürth  
Zugabe-Konzert: „Widerstand in Hürth?“. Live-Musik von Marius Peters & Klaus der Geiger, sowie RheinischFolk von Halvlang - Kuntermann & Gatz.  
Michael Cöln (Stadtarchivar) berichtet über „Widerstand in Hürth?“  
Kostenfreie Eintrittskarten bestellen unter: stadtarchiv@huerth.de

**Anmeldung für alle anderen Veranstaltungen unter:**

info@edelweisspiratenfestival.de

Der Eintritt ist wie immer in der 16-jährigen Festivalgeschichte frei, wir hoffen aber auf großzügige Spenden, um Künstler\*innen und die Orga bezahlen zu können.

Ein Projekt des Edelweißpiratenclub e.V. in Kooperation mit dem NS-Dokumentationszentrum Köln und Humba e.V., gefördert durch die Stadt Köln. Schirmherrin: OB Henriette Reker

**Alle Infos unter:**

www.edelweisspiratenfestival.de

www.facebook.com/Edelweisspiratenfestival

## Weitere Veranstaltungen

Bitte beachten Sie: Die meisten der hier angekündigten Veranstaltungen können nur unter Auflagen stattfinden (z.B. Beschränkungen der Teilnehmenden durch Anmeldungen) sind online-Angebote unserer Kooperationspartner\*innen aus Köln und Umgebung. Viele Veranstaltungen im Internet werden kurzfristig veröffentlicht, daher sind die Ankündigungen auf den folgenden Seiten nicht vollständig. Bitte informieren Sie sich auf den Kanälen der Veranstalter\*innen über die aktuellen Entwicklungen.

## Wahrnehmungsdiskrepanzen von Antisemitismus in Deutschland

Podiumsdiskussion, 18. August 2020, 19 Uhr, online



**entschieden  
DAFÜR**

Partnerschaften für Demokratie Köln

Die Partnerschaften für Demokratie Köln laden ein: „Am 9. Oktober 2019 versuchte ein Rechtsextremist

*an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, in die Synagoge im Hallenser Paulusviertel einzudringen, um die dort versammelten Menschen zu töten. Die Tat löste in den deutschen Medien eine heftige Debatte um die Aktualität antisemitischer Gewalt aus.*

*Doch auch jenseits von solch schrecklichen Ereignissen zeigt sich Antisemitismus in Deutschland – und das vor allem im Alltag der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden, in der Schule, im Arbeitsalltag, auf der Straße, im Fußballstadion. In den Diskussionen der vergangenen Jahre um Antisemitismus im Schulalltag zeigt sich, dass viele Schulen dieses Problem nicht ernst nehmen und entsprechend nicht adäquat darauf reagieren. Darin kommt nicht selten zum Vorschein, dass Antisemitismus gar nicht als solcher erkannt und benannt wird.*

*Generell wird Antisemitismus von der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft aus verschiedensten Gründen nicht erkannt und erscheint daher den meisten Menschen in Deutschland kaum relevant. Für die jüdische Bevölkerung allerdings ist das Erleben von Antisemitismus omnipräsent und belastend. Auch im pädagogischen Kontext wird selten direkt danach gefragt, was die Erfahrung von Antisemitismus eigentlich für die Betroffenen bedeutet und was sie mit ihnen macht.*

*Der Frage, wie eine solche Diskrepanz in der Wahrnehmung von Antisemitismus zu Stande kommt, wie sie sich auf die Betroffenen auswirkt und wie dem sinnvoll begegnet werden kann, wollen wir in einer Podiumsdiskussion mit Antisemitismus-Expert\*innen und Vertreter\*innen der jüdischen Community in Deutschland auf den Grund gehen.“*

### Ablauf:

19:00 Eröffnungsgrüße der Stadt Köln und der AWO Köln

19:15 Podiumsdiskussion mit Sophie Brüß (SABRA), Dr. Meron Mendel (Bildungsstätte Anne Frank), Dr. Marcus Meier (Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit), Patrick Fels (NS-DOK, Fachstelle m<sup>2</sup> miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus).

Moderation: Anke Bruns

20:00 Öffnung für Fragen aus dem Publikum

20:45 Abschluss

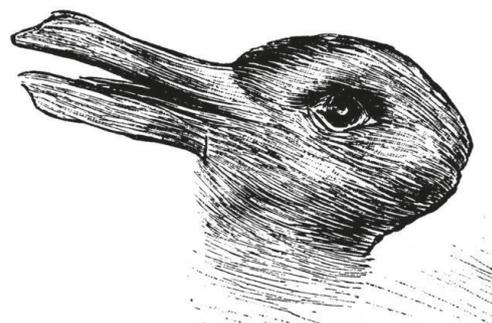
Der Livestream kann ohne Anmeldung oder Login über den YouTube-Link besucht werden: <https://www.youtube.com/channel/UCCh30gbv2Zh5RMj0ZK8uORTA>

Wenn Sie an unserer Zoom-Konferenz teilnehmen, beachten Sie bitte unsere folgenden Datenschutzhinweise <https://awo-koeln.de/datenschutzhinweise.html>.

Um an der Fragerunde teilnehmen zu können, senden Sie zur Anmeldung bis zum 11. August 2020 unter Angabe Ihres vollen Namens eine E-Mail an: [podium2020@demokratieleben-koeln.de](mailto:podium2020@demokratieleben-koeln.de).

Nach der Anmeldung erhalten Sie Ihre Login-Daten für Zoom und können sich dort aktiv in den zweiten Teil der Veranstaltung einbringen.

Rückfragen unter: 0221 - 888 101 113



## Theater der Unterdrückten Workshop Juli-September 2020, Köln Ehrenfeld



Das Allerweltshaus und das Projekt Menschenrechte Mexiko laden ein zum „Theater der Unterdrückten“-Workshop: „Zu den Workshop-Leitern: Giovanni Peixoto: Schauspieler, Theaterpädagoge, Performancekünstler und zeitgenössischer Tänzer. Mein Ziel als Künstler und Dozent ist es, dass jede Person durch die Kunst über sich selbst und ihre Identität (mehr) erfährt, indem sie sich für den gesellschaftlichen Wandel ausspricht.

Gerardo Espinoza: Sozialpsychologe mit Schwerpunkt auf psychosoziale Ansätze und

Menschenrechte (BejSozial). Seit einigen Jahren arbeite ich mit dem Theater als einer Methode für den sozialen Wandel.

Weitere Hinweise: Wir freuen uns, wenn du unser Projekt unterstützt. Deshalb bitten wir dich um eine Spende ab 10 Euro. Angesichts der gegenwärtigen Corona-Krise werden wir unsere Aktivitäten den Vorgaben anpassen, die die Bundesregierung für diesen Zeitraum festlegt. Der Workshop findet auf Deutsch-Spanisch-Portugiesisch statt (die Sprache soll kein Hindernis sein).“

**Termine:** 26.7, 09.08, 23.08, 06.09, 13.09, jeweils 13.30-17.30 Uhr

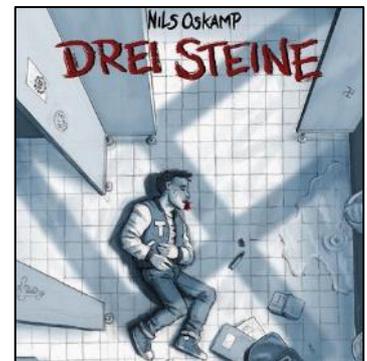
**Anmeldung und weitere Infos:**  
[www.allerweltshaus.de](http://www.allerweltshaus.de)

## Drei Steine Online Workshops zur Graphic Novel

Der Zeichner Nils Oskamp teilt mit: „Bereits Ende März habe ich mit meinem Online-Streaming Angebot angefangen. Durch die Beratung meines Gamer Sohnes und viele Webinare funktioniert es nun mit der Software und Multimedia sehr gut. Es wurden bereits mehrere Lesungen für Schüler gehalten, die auch aktiv im Video-Chat Fragen gestellt haben. Zurzeit mache ich einen mehrwöchigen Schülerworkshop online in Zusammenarbeit mit der KZ Gedenkstätte Neuengamme dazu habe ich dann auch meine anderen Workshops für Webinare und E-Learning umgearbeitet. Diese Veranstaltungen wurden auch aus Mitteln der Politischen

Bildung gefördert. Die Lehrer sind dankbar über die Entlastung und diesen spannenden jugendtauglichen Unterricht.“

**Weitere Infos:**  
<https://www.drei-steine.com/webinar/>



## Rassismus und Diskriminierung Webinarreihe

WEBINAR  
REIHE „RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG“



Solibund e.V. teilt mit: „Einmal im Monat führt der Solibund e.V. Veranstaltungen online durch. Nach einer Einführung, stehen nun die Themen ‚Antiziganismus‘ und ‚Antisemitismus‘ auf dem Programm. Die Reihe „Rassismus und Antisemitismus“ wird bis Ende des Jahres im Rahmen des Projekts

samo.faPlus organisiert und durchgeführt. Sowohl die Reihe als auch die Webinare werden von Frau Lale Konuk moderiert.“

**Weitere Infos zu Terminen:**  
<https://www.facebook.com/solibundporz/>

**Anmeldung per Mail erforderlich unter:**  
[info@solibund.de](mailto:info@solibund.de)

## **Rassismuskritische und migrationspädagogische Ansätze Qualifizierung im Umgang mit Rassismus und Mehrfachdiskriminierung**

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) teilt mit: „Mit dem Fachbereich ‚Re\_Struct‘ regen wir an, das Beratungs- und Qualifizierungsangebot des IDA-NRW über die Jugendarbeit hinaus auf die Zielgruppe von kommunalen Einrichtungen und Trägern der politischen Bildungsarbeit in NRW auszudehnen, um den Bedarf nach Unterstützung und Handlungssicherheit aus rassismuskritischer und intersektionaler Perspektive aufzugreifen. Dabei geht es zum einen um die Beratung und Fortbildung von Fachkräften, aber auch um die Frage, wie sich Kommunen und Institutionen rassismuskritisch und migrationspädagogisch öffnen und differenzsensible Leitlinien innerhalb der eigenen Strukturen verankert werden können.

‚Re\_Struct‘ setzt sich zum Ziel, rassismuskritische und intersektionale Veränderungsprozesse in Institutionen und in Kommunen anzustoßen und weiterzuentwickeln, um das Themenfeld Rassismuskritik in den landesweiten Strukturen

in NRW zu verankern. Zentrale Aufgaben sind Wissensvermittlung, Sensibilisierung und Beratung über diverse Erscheinungsformen von Rassismus- und Antisemitismuskritik, Mehrfachdiskriminierung, Reflexion der eigenen Privilegien und empowermentoriente Ansätze. Durch die Unterstützung und Erarbeitung von rassismuskritischen Handlungsstrategien, sowie die Begleitung von institutionellen Prozessen, soll eine Sensibilität zum Umgang mit Rassismus (Erfahrungen) und mit diskriminierenden Strukturen geschaffen werden.

Zum Auftakt des neuen Fachbereichs bietet ‚Re\_Struct‘ eine Webinarreihe zur Einführung in rassismuskritische und intersektionale Perspektiven in Institutionen ab August 2020 an. Nähere Informationen hierzu befinden sich in der angehängten Ausschreibung.“

**Weitere Informationen zu den Angeboten:**  
<https://www.ida-nrw.de/wir-ueber-uns/arbeits-schwerpunkte/>

## Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

### Stadt Köln setzt sich für Ächtung des N\*Wortes ein Rat der Stadt Köln greift Beschluss des Integrationsrates auf

Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 3.3.2020 einstimmig beschlossen, den Rat der Stadt Köln zu bitten, in Anerkennung der aktuellen UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft, der Diskussion eines Urteils des Landesverfassungsgerichtes Mecklenburg-Vorpommern zur die Nutzung des N\*Wortes u.a. zu beschließen, dass jegliche Verwendung des N\*Wortes in der Stadt Köln vermieden.

Als Begründung wurde im Antragstext des Antragstellers Eli Abeke (Bündnis14 / Afrika) folgendes ausgeführt: „Das N\*Wort wird von vielen schwarzen Menschen und People of Color (PoC) mit Leid, Diskriminierung, Gewalt, Ungleichheit und Entmenschlichung verbunden. Mit dem N\*Wort sind eine Vielzahl von rassistischen Stereotypen verbunden. Diese Stereotypen umfassen Sexualrepression, wie Triebhaftigkeit und Naturhaftigkeit, Kulturlosigkeit, Viktimisierung, Infantilisierung sowie Entfremdung (Othering) und führen zu Ohnmachtserfahrungen und psychischen Folgen. Als europäisches Konstrukt der Kolonialzeit wurde es verwendet, um eine rassistische Unterscheidung herzustellen, Machtverhältnisse zu untermauern und unterdrückende Strukturen zu festigen. Diese Erfahrungen sind auch weiterhin im Bewusstsein verankert. Auch wenn in der jüngeren Zeit vermehrt das N\*Wort in satirischen oder komödiantischen Kontexten auftaucht, darf dies nicht über die Verletzungen hinwegtäuschen, die damit einhergehen. Seit 2015 haben die Vereinten Nationen die Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft ausgerufen. Damit erkennt die internationale Gemeinschaft an, dass Menschen afrikanischer Herkunft eine eigenständige Gruppe darstellen, deren Menschenrechte gefördert und geschützt werden müssen. Insbesondere Menschen, die außerhalb von Afrika leben, sollen in dieser Dekade in den Vordergrund gestellt werden. Ziele der UN-Dekade sind

- die Förderung der Achtung, des Schutzes und der Einhaltung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten,

- die Förderung einer besseren Kenntnis und Achtung des vielfältigen Erbes, der Kultur und des Beitrags von Menschen afrikanischer Herkunft zu Entwicklung von Gesellschaften,
- der Schutz vor Rassismus und Diskriminierung. Bis 2024 sollen alle Staaten sich diesen Zielen verschreiben.“

Am 18.01.2020 hat in Köln eine von Bündnis14 / Afrika organisierte Demonstration stattgefunden, in der dazu aufgerufen wurde, rechtlich anzuerkennen, dass der Begriff ‚Neger‘ rassistisch ist.“

In seiner Sitzung vom 14.05.2020 hat der Rat der Stadt Köln dann folgendes beschlossen:

„Der Rat

1. bittet die Verwaltung, die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Köln umzusetzen und insbesondere anzuerkennen, dass jegliche Verwendung des N\*Wortes rassistisch ist;
2. setzt sich dafür ein, dass jegliche Verwendung des N\*Wortes in der Stadt Köln vermieden und geächtet wird, um schwarzen Menschen und People of Color (PoC) ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Köln zu ermöglichen;
3. dankt dem Integrationsrats für die Anregung zu einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara und bittet die Verwaltung, die Anregung bei der Weiterentwicklung des Städtepartnerschaftskonzepts zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.



**N\*Wort stoppen!!**  
Rechtliche Anerkennung, dass der Begriff  
„Neger“ rassistisch ist!



## **Anfeindungen, Verschwörungsmythen und rechtsoffene Versammlungen im Kontext der Corona-Pandemie**

### **Neun Thesen des Bundesverbands Mobile Beratung**

Der Bundesverband Mobile Beratung teilte Ende Mai 2020 mit: „Die gesellschaftlichen Herausforderungen durch die aktuelle Covid-19-Pandemie haben seit Februar 2020 nicht zuletzt zu drastischen staatlichen Maßnahmen geführt. Diese werden zum einen in den Sozialen Medien häufig emotionalisiert diskutiert, zum anderen finden in vielen Orten Kundgebungen und Proteste als Reaktion statt. Nicht selten lassen sich jedoch sowohl online als auch in Redebeiträgen auf den ‘Corona-Demos’ antisemitische Bilder oder Verschwörungsmythen und Erzählstränge aus dem extrem rechten und antidemokratischen Repertoire wiederfinden. Diese werden zunehmend insbesondere in den Sozialen Medien weit über das (extrem) rechte Milieu hinaus verbreitet. Zeitgleich kommt es vermehrt zu Angriffen und Bedrohungen, zunächst vor allem gegen als asiatisch gelesenen Menschen.

Auf der Basis der Erfahrungsberichte der Mobilien Beratungsteams aller 16 Bundesländer bis zum 18.05.2020, in die die Beratungsarbeit, die Zusammenarbeit mit Kooperationspartner\*innen vor Ort und die Recherchetätigkeiten eingeflossen sind, werden in diesem aktuellen Papier des Bundesverbands Mobile Beratung erste Thesen formuliert:

1. Die aktuellen Proteste im Netz und auf der Straße werden durch unterschiedliche Milieus geprägt, sind aber entweder nicht nach rechts abgegrenzt oder durch extrem rechte Akteur\*innen getragen, die das Potential für gewalttätige Ausbrüche erhöhen.
2. Die AfD hat bisher keine konsistente Position zur Frage des Umgangs mit der Pandemie entwickeln können, versucht aber zunehmend mit Kritik am Regierungshandeln von den Protesten zu profitieren und ihre Kernthemen zu platzieren.
3. Neonazistische Akteur\*innen versuchen am Protest teilzunehmen, wirken aber vor allem in die eigene Gefolgschaft und bieten sich als ‘Kümmerer’ an.
4. Ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Spektren des Protests mit breiter Anknüpfungsfähigkeit bilden antisemitische Bilder und Verschwörungsmythen.
5. Die in den Protesten auf der Straße und in Sozialen Medien geäußerten Behauptungen und Forderungen sind anknüpfungsfähig und reichen weit über (extrem) rechte Milieus hinaus – dabei

werden zentrale extrem rechte und antidemokratische Topoi zunehmend reproduziert, bleiben unwidersprochen und werden übernommen.

6. Soziale Medien, rechte ‘Alternativmedien’ und öffentliche Personen spielen für die Verbreitung der Narrationen und die Organisation der Straßenproteste eine große Rolle.

7. Der in den Protesten vertretene Demokratiebegriff ist tendenziell ausgrenzend, auf den Nationalstaat bezogen und richtet sich gegen die Gewaltenteilung.

8. In den Protesten und dem sie grundierenden Diskurs werden Gruppen konstruiert und als Virusträger stigmatisiert. Die so geschürte, rassistische und antisemitische konnotierte Stimmung bedroht schon jetzt Menschen und kann den Boden bereiten für weitere Übergriffe und Gewalttaten.

9. Der Mangel an Möglichkeiten zu demokratischer Partizipation und Protest sowie die Schwäche der demokratischen Zivilgesellschaft im Netz stärken extrem rechte Hegemoniebestrebungen.

### **Empfehlungen des Bundesverbands Mobile Beratung an Verantwortungstragende in der Politik**

Es ist legitim und richtig, staatliches Handeln kritisch zu hinterfragen und gerade hinsichtlich der Grundrechtseinschränkungen immer wieder die Verhältnismäßigkeit in den Blick zu nehmen. Diese Anliegen sollten auch weiterhin ernst genommen und diskutiert werden, politische Entscheidungen transparent gemacht und nachvollziehbar erklärt werden.

Die aktuellen Proteste weisen allerdings darüber hinaus, weil sie in großen Teilen nicht abgegrenzt sind gegenüber extrem rechten Akteur\*innen, vor allem aber zentrale extrem rechte Topoi und strukturell antisemitische Verschwörungsmythen übernehmen und weiter verbreiten – auch dort, wo Rechtsextreme nur am Rande oder gar nicht Teil der lokalen Diskurse und Proteste sind. Diese bauen vielerorts auf Vernetzungen, aber auch emotionalen Rahmungen auf, die in den letzten Jahren gerade im Rahmen der Proteste zur sogenannten ‘Flüchtlingskrise’ immer wieder angespielt und verfestigt wurden. Zudem steigt die Gefahr von Angriffen auf als Virusträger stigmatisierte Gruppen oder mutmaßlich Verantwortliche. Schlussendlich

droht eine Hegemonie rechter Narrationen im Diskurs aufgrund fehlender Möglichkeiten zu politischer Partizipation und Protestformaten jenseits der aktuellen Deutungsangebote und einer Schwäche der demokratischen Zivilgesellschaft gerade auch Online. Daher empfiehlt der BMB auf der Basis der aktuellen Einschätzung:

- Die aktuellen Proteste müssen ernst genommen werden, allerdings vor allem als Bedrohung für den demokratischen Diskurs und Betroffene rassistischer und antisemitischer Agitation und Angriffe.

- Es braucht Räume für Diskussion der aktuellen und zukünftigen Maßnahmen, der grundlegende Regeln demokratischer Debatte einhält: Schutz von Betroffenen, keine Reproduktion extrem rechter Topoi und keine Weitergabe von Verschwörungsmythen.

- Es gilt, Fehler aus den Debatten der Jahre 2015 ff. nicht zu wiederholen und auf Dialogformate, die vor allem die lauten und wahrnehmbaren (extrem) rechten Meinungsführer\*innen stärken, zu verzichten. Es sollten Ängste und Befürchtungen aller (also auch und gerade von Rassismus und staatlichen Einschränkungen besonders betroffener Menschen) wahr- und ernstgenommen werden. Aus Sicht der Mobilien Beratung sollten vielmehr Dialogformate – zumindest öffentlich zugängliche – die Diversität der Gesellschaft und damit die unterschiedlichen Positionen zur aktuellen Situation und das vielfältige Engagement der Menschen im Umgang mit der Pandemieeindämmung abbilden.

- Daraus erfolgt auch die Notwendigkeit einer klaren Benennung und Abgrenzung von Politik und Verwaltung gegenüber den aktuell bei den Protesten in den Vordergrund rückenden extrem rechten, verschwörungsideologischen, antisemitischen und rassistischen Standpunkten (auch wenn sie nicht von bekannten Akteur\*innen der extremen Rechten geäußert werden), um diese nicht weiter aufzuwerten.

- Die Unterstützung und Beratung von Betroffenen, Engagierten und der demokratischen Zivilgesellschaft erfolgt aktuell unter erschwerten Bedingungen, viele demokratische Netzwerke und zivilgesellschaftliche Initiativen können aktuell kaum arbeiten, Treffen und Vernetzungsrunden auch auf fachlicher Ebene finden vielerorts nur eingeschränkt oder gar nicht statt. In dieser Situation braucht es klare Positionierungen von Politik und Verwaltung, um den zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen den Rücken zu

stärken, sowie damit verbundene Hintergrundinformationen und Einordnungen.

- Demokratieprojekte benötigen Planungssicherheit und Unterstützung durch die mittelgebenden Behörden, um unter massiv erschwerten Bedingungen weiter einen Gegenpol zu extrem rechten Hegemoniebestrebungen und um sich greifenden Verschwörungsmythen bilden zu können. Dazu gehört auch ein verantwortungsvoller, aber entgegenkommender Umgang mit bürokratischen Anforderungen und Fristen.

- Mittelfristig wird es notwendig sein, Formate unter Einbindung der Bildungs- und Beratungsarbeit im Themenfeld (weiter) zu entwickeln, mit denen die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Verschwörungsmythen im lokalen Raum und den Echokammern der Sozialen Netzwerke gestärkt werden kann. Aus Sicht der Mobilien Beratung ist ein wichtiger Baustein dabei ein sozialräumliches Vorgehen und Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten, Diskurse und Akteur\*innen vor Ort, das nur in Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung, Sozialarbeit und Vernetzungsstrukturen erarbeitet werden kann. Dabei sollten keine schnellen Projektergebnisse erwartet, sondern ein langer Weg der diskursiven Auseinandersetzung gegangen werden.“

Im Vorfeld der Innenministerkonferenz, die am 17. Juni in Erfurt begann, griff der Bundesverband Mobile Beratung gemeinsam mit dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus das Thema erneut auf und warnte vor Verschwörungsideologien und den sogenannten Corona-Demos als Ausgangspunkte für Hetze und Gewalt.

Bianca Klose, Vorstand und Sprecherin des BMB, sieht Parallelen zu vorherigen Diskussionen: „Antidemokratische und antisemitische Narrative, verkleidet als legitimer Protest, werden auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft vertreten – das erinnert an die als ‚Sorgen und Ängste‘ getarnten antidemokratischen, autoritären und rassistischen Einstellungsmuster während der Mobilisierungen gegen Geflüchtete ab 2015. Die Innenministerkonferenz sollte nicht die Fehler von damals wiederholen und sich denen zuwenden, die am Lautesten schreien – sondern jene schützen, die von Antidemokraten als Feinde markiert werden und von Abwertung, Hetze und Verschwörungsmythen betroffen sind.“

## Antisemitismus und Corona

### Stadt München untersagt Davidstern-Symbolik in Verbindung mit Corona-Thematik



Plakat des Zentralrats der Juden in Deutschland

Gespeist von gezielten Desinformationskampagnen, Fake News und Verschwörungserzählungen behaupten extrem rechte Blasen, die Verordnungen bedrohten das Grundgesetz, würden eine Diktatur einläuten oder der Versklavung des „deutschen Volkes“ dienen. Diese abstrusen Vorstellungen sind weit verbreitet, immer wieder bilden sich dabei Brücken zum Antisemitismus. Beispielsweise zieren die Profilbilder mancher Nutzer\*innen in Chat-Gruppen wie den Corona-Rebellen verfremdete „Judensterne“, in deren Mitte die Aufschrift „nicht geimpft“ angebracht ist. Und auch im öffentlichen Raum wird mit entsprechender Symbolik gearbeitet. Ende April zeigte sich am Rudolfplatz ein Mann mit großem Davidstern an seiner Kleidung. Auf der Kundgebung von Corona-Gegnern am 23. Mai auf der Deutzer Werft hielt ein Versammlungsteilnehmer in Sträflingskleidung ein Schild mit der Aufschrift „Maske macht frei“ in die Höhe.

Die Shoah dient hier lediglich als Folie, auf der man sich selbst in die Rolle des Opfers hineinimaginiert. Mit diesen Vergleichen werden die Verbrechen des Nationalsozialismus aufs Unerträglichste verharmlost. Das gilt ebenso für ein Bild des Karikaturisten Götz Wiedenroth, das ebenfalls in Kölner Gruppen geteilt wird. Darauf ist in Anlehnung an den Eingang zum Vernichtungslager Auschwitz ein Tor mit der Inschrift „Impfen macht frei“ zu sehen. Bewacht wird es von zwei Security-Leuten mit Spritzen im Arm, der Weg ins Lager führt zu einem Bild von Bill Gates.

Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, sieht im Tragen eines abgewandelten „Judensterns“ einen „kalkulierten Tabubruch“, der in der Vergangenheit mehrfach

vorkam. So trugen im vergangenen Jahr Teilnehmer\*innen auf Demonstrationen gegen mögliche Dieselfahrverbote in Stuttgart abgewandelte „Judensterne“ mit der Aufschrift „Dieselfahrer“. Diese Provokationen verleugneten die Opfer und deren Leiden, so Klein.

Die Stadt München untersagt nun mit einer Verfügung das „Tragen von Bekleidung

sowie das Verwenden von Kundgabemitteln mit Aufschriften bzw. Aufdrucken, die an den Davidstern angelehnt sind oder diesen abbilden, und eine Verbindung zu der aktuellen Corona-Pandemie herstellen, wie z.B. das Zeigen eines gelben Davidsterns mit der Aufschrift 'CoV-2', 'ungeimpft', 'impfen macht frei', 'Dr. Mengele' oder 'ZION'“

Begründet wird diese Auflage wie folgt:

*„Die Beschränkung hinsichtlich des Tragens des Davidstern-Symboles bzw. Anlehnungen daran in Verbindung mit der Corona-Thematik ist erforderlich, da Bestrebungen, die die nationalsozialistische Diktatur und deren Werteordnung glorifizieren, verharmlosen oder sonst wiederbeleben, für die Mehrheit der Bevölkerung so unerträglich sind, dass sie die öffentliche Ordnung in einem erheblichen Maß auch dann gefährden, wenn mit ihnen die Schwelle der Strafbarkeit noch nicht erreicht ist (BayVG, BayVBl. 1993, 658; VG Berlin, Beschluss vom 23.02.2000, Az. VG 1 A 56.00; Sächsisches OVG, Beschluss vom 02.11.2001, Az. 3 BS 250/01; VG Hannover, Beschluss vom 29.07.2013, Az. 10 B 5753/13). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Stadt München eine Vergangenheit als 'Hauptstadt der Bewegung' hat. Diese historische Vergangenheit ist im Bewusstsein weiter Teile der Bevölkerung tief verankert. Sie ist hinsichtlich der Verwendung solcher historisch vorbelasteten Symbole daher besonders sensibel. Es ist deswegen davon auszugehen, dass die Symbole im vorbelasteten historischen Sinne wahrgenommen werden und die Mehrheit der Bevölkerung ihre Verwendung als schier unerträgliche*

*Verharmlosung der Gewalt- und Willkürherrschaft der nationalsozialistischen Diktatur empfunden.*

*In den letzten Wochen haben in Bayern und auch in München teils sehr große Kundgebungen stattgefunden, die sich gegen die staatlichen Maßnahmen im Kontext der Corona-Pandemie richteten. Bei diesen Versammlungen sind auch antisemitische Vorfälle festgestellt worden. So wurde unter anderem am 09. Mai 2020 bei einer Kundgebung in München eine Fotomontage gezeigt, auf der Menschen von Uniformierten gewaltsam 'zwangsgeimpft' werden. Das Emblem auf den Uniformen und Autos der fiktiven Impfeinheit war an den Davidstern angelehnt und trug die Inschrift 'ZION'. Durch diese Aussage wurde suggeriert, dass das Judentum verantwortlich sei für angebliche Zwangsimpfungen gegen das Covid-19-Virus. Die Versammlungsteilnehmer stellen sich durch das Zeigen des Davidsterns in Verbindung mit den oben exemplarisch genannten Zusätzen wie 'CoV-2', 'ungeimpft', 'impfen macht frei', 'Dr. Mengele', 'ZION' etc. selbst als vermeintliche Opfer dar. Die Formulierung 'impfen macht frei'*

*bezieht sich verharmlosend auf die über mehreren Vernichtungs- und Konzentrationslagern angebrachten Inschriften 'Arbeit macht frei'.*

*Durch das Verwenden des Davidsterns mit den genannten Zusätzen werden letztendlich demokratische Maßnahmen zur Bekämpfung einer Pandemie mit den Mitteln einer Diktatur verglichen und die Gräueltaten des NS-Regimes verharmlost. Solche Aussagen sind geeignet, die öffentliche Ordnung unmittelbar zu gefährden und sind daher zu untersagen.*

*Die beschränkende Verfügung ist auch hinreichend bestimmt. Die beschränkende Verfügung ist außerdem verhältnismäßig. Sie dient dem o.g. legitimen Zweck und ist darüber hinaus geeignet, den Zweck zu fördern sowie erforderlich und angemessen. Sie ist geeignet, dass das durchschnittlich sittlich-ethische Bewusstsein weiter Teile der Münchner Bevölkerung nicht über ein unerträgliches Maß hinaus beeinträchtigt wird. Ein milderer Mittel ist nicht ersichtlich. Der/die Veranstalter/in kann sein/ihr Thema weiterhin in seiner angezeigten Form transportieren und seine Versammlung an der gewünschten Örtlichkeit durchführen."*

---

## **Stärkung der Handlungssicherheit**

### **Forum Rassismuskritische Ansätze für die Kinder- und Jugendhilfe gegründet**

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) teilt mit: „Deutschland erfährt seit einigen Jahren eine zunehmende Verschiebung in Richtung einer Normalisierung von rassistischen und rechtsextremen Diskursen. Rechte Akteure versuchen strategisch ihre Themen und Positionen in Politik und Medien zu platzieren und für den gesellschaftlichen Mainstream anschlussfähig zu machen. Die damit verbundene gesellschaftliche Entwicklung trägt zu einer Polarisierung bei, welche alle Bereiche, die eng mit gesellschaftlichen Prozessen verwoben sind, nicht unberührt lässt – dies gilt etwa für die Kinder- und Jugendhilfe und die Soziale Arbeit sowie für die Jugendpolitik.

Die daraus entstehenden Herausforderungen lösen häufig Handlungsunsicherheit bis hin zu Befürchtungen und Ängsten bei Fachkräften und Multiplikator\*innen in der Kinder- und Jugendhilfe aus, was den Bedarf nach spezieller Adressierung und Bearbeitung dieser Themen verstärkt. Das Forum ‚Rassismuskritische Ansätze für die Kinder- und Jugendförderung‘, ins Leben

gerufen von IDA-NRW, sieht es als seine Aufgabe, diesen Entwicklungen entgegenzusteuern und eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung von Fachkräften und Multiplikator\*innen in der Jugendarbeit und den Trägerinstitutionen zu bieten.

Ziele sind u.a. der Austausch und Vernetzung von Fachkräften und Multiplikator\*innen, die Sensibilisierung und Stärkung der Handlungssicherheit von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit im pädagogischen Umgang mit Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus, Beratung und Unterstützung bei Angriffen auf die Arbeit von Trägern, Beratung im Hinblick auf eine fachlich-jugendpolitische Positionsfindung und Entwicklung fachlicher Argumentationslinien, Handlungsstrategien und entsprechender Leitfäden zur Vermittlung von Handlungskompetenz und Beratungsstrukturen.“

#### **Weitere Infos unter:**

<https://www.ida-nrw.de/aktuelles/detail/forum-rassismuskritische-ansaeetze-fuer-die-kinder-und-jugendfoerderung-gegruendet/>

## Online gegen Antisemitismus Umfrage unter Jugendlichen

Der Verein Bildung in Widerspruch e.V. teilt mit: „Wir erarbeiten pädagogische Konzepte für die politische Bildung. In unserem aktuellen Projekt 'Online gegen Antisemitismus' entwickeln wir ein Web-Angebot für Jugendliche, das diesen eine eigenständige kritische Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen ermöglicht. Pädagogische Begleitmaterialien werden die innovative Website ergänzen.

Vor diesem Hintergrund führen wir derzeit eine Online-Umfrage durch, die sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren richtet. Wir wollen

*unter anderem wissen: Was interessiert Jugendliche am Thema Antisemitismus, welches Vorwissen ist vorhanden und wie schätzen sie das Problem ein?*

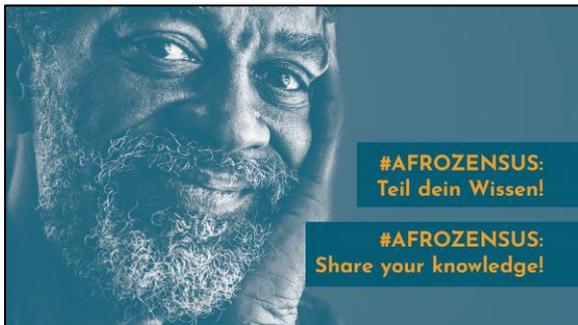
*Bitte unterstützen Sie uns dabei, Teilnehmende für unsere Umfrage zu finden. Leiten Sie den folgenden Link an Jugendgruppen, Schulklassen oder einzelne Jugendliche weiter. Je mehr junge Menschen teilnehmen, desto besser können wir deren Wünsche und Bedarfe berücksichtigen.“*

### Zur Umfrage

<https://www.soscisurvey.de/umfrage202005/>

---

## Erfahrungen Schwarzer und afrodiasporischer Menschen erfassen Onlinebefragung soll intersektionale Diskriminierung sichtbar machen



Das Team Afrozensus teilt mit: „In Deutschland leben über eine Million Menschen afrikanischer Herkunft. Sie prägen dieses Land mit – als Eltern, Journalist\*innen, Reinigungskräfte, Pastor\*innen, Afroshop Besitzer\*innen, Rentner\*innen, Sport Stars, Moderator\*innen, Musiker\*innen, Pflegekräfte, Aktivist\*innen, Forscher\*innen und vielem mehr. In der großen #AFROZENSUS Onlinebefragung, die im Frühjahr 2020 startet, sollen erstmals die Lebensrealitäten, Diskriminierungserfahrungen und Perspektiven Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen erfasst werden.

*Ziel ist es, dadurch ein möglichst umfassendes Bild darüber zu bekommen, welche Erfahrungen Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland machen, wie sie ihr Leben in Deutschland einschätzen und welche Erwartungen sie an Politik und Gesellschaft stellen. Die Ergebnisse der #AFROZENSUS Onlinebefragung werden den Communities und der Politik zur Verfügung gestellt. So kann eine stark von intersektionaler Diskriminierung betroffene Bevölkerungsgruppe in Deutschland endlich die für eine bessere Interessenvertretung notwendige Sichtbarkeit erlangen.*

*Auf der Basis der Ergebnisse der #AFROZENSUS Onlinebefragung werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um rassistische Diskriminierung abzubauen und Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland zu schützen und zu fördern. Alle unsere Perspektiven sind unverzichtbar und tragen zum Erfolg dieser erstmaligen Umfrage bei! Deswegen melden Sie sich an und machen Sie Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen in Ihrem Umfeld auf #AFROZENSUS aufmerksam!“*

### Weitere Informationen:

<https://afrozensus.de/>

## Rechtsextreme Rückzugsräume

### Podcast der Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) teilt mit: „Die bpb veröffentlicht den Podcast *„Rechtsextreme Rückzugsräume“*, der in zwölf Folgen unterschiedliche Absetzungstendenzen in einzelnen Teilen der Szene, etwa unter Reichsbürgern, völkischen Siedlern, rechtsextremen Preppern oder im digitalen Raum beleuchtet. Der Podcast ist sowohl auf <http://www.bpb.de/podcastrex2020> unserer Homepage als auch auf Spotify kostenlos verfügbar.

*Raus aus der Stadt, aus dieser Gesellschaft, aus dem gesamten System - seit einigen Jahren sind in Teilen des rechtsextremen Spektrums derlei Rückzugstendenzen zu beobachten. Völkische Siedler kaufen alte Bauernhöfe und wollen ‚naturverbunden‘ leben während Reichsbürger die Legitimität der Bundesrepublik anzweifeln und ihre Staatsbürgerschaft aufkündigen. Gleichzeitig bereiten sich rechtsextreme ‚Prepp-*

*per‘ schon heute auf die Apokalypse von morgen vor und im Netz finden sich Gleichgesinnte in Foren zusammen, um gemeinsam Hass zu säen.*

*Wer sind diese Menschen und warum kehren sie der demokratischen Gesellschaft den Rücken zu? Und was lässt sich gegen die Abwanderung in solche rechtsextremen Parallelwelten tun? Die Journalistinnen Carina Huppertz, Felicitas Boeselager, Anna Klühspies und die Journalisten Arndt Peltner, Henry Bernhard, Thies Marsen und Bastian Wierzioch sind diesen Fragen nachgegangen.“*

#### Alle zwölf Folgen sind abrufbar unter:

[www.bpb.de/podcastrex2020](http://www.bpb.de/podcastrex2020)

<https://open.spotify.com/show/6iPcnYyo16SXD1tfelzPT3>

<https://podcasts.apple.com/de/podcast/rechtsextreme-r%C3%BCckzugsr%C3%A4ume/id1519191984>

---

## #KAS konkret

### Veranstaltungen zum Nachlesen und Nachhören

Die Konrad-Adenauer-Stiftung teilt mit: „Wöchentliche Liveinterviews auf Facebook, das ist #KASkonkret. Dabei sprechen wir vom Büro Bundesstadt Bonn für jeweils eine halbe Stunde mit Experten aus den unterschiedlichsten Fachbereichen über Corona und deren Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Die Pandemie brachte uns allen mehr Fragen, als Gewissheiten. Deswegen kamen im Laufe der Zeit Sicherheitsfachleute, Wissenschaftler, Kirchenvertreter und Politiker zu Wort, um nur einige unserer Gäste zu nennen. Viel haben wir gelernt, noch mehr bleibt aber ungeklärt. Deshalb werden wir für Sie weiter Fragen stellen. Immer dienstags um 18.00 Uhr und immer live.“

<https://www.facebook.com/kas.bonn/>

„Alternativ gibt es die Möglichkeit, am Freitag den Veranstaltungsbericht auf unserer Homepage aufzurufen. Diesen finden Sie im Laufe der Seite immer am Ende der jeweiligen Ankündigung. Neben einer schriftlichen Zusammenfassung enthält der Bericht das Gesamtinterview sowie dessen Kurzfassung.“

#### <https://www.kas.de/de/web/bundesstadt-bonn/veranstaltungen/detail/-/content/kas-konkret-wie-stellen-wir-uns-der-krise>

Dabei sind auch Veranstaltungen zum Thema Rassismus, Rechtsextremismus und Demokratie, z.B.:

„#12\_23.06.2020 18 Uhr | Frank Joung: Erfahrungen mit Rassismus

*Gibt es in Deutschland einen systemischen Rassismus? Und hat Corona den Rassismus in unserem Land verändert oder gar verschlimmert? Was muss die Mehrheitsgesellschaft tun, damit es endlich besser wird? Wir haben viele Fragen.*

#09\_02.06.2020 18 Uhr | Alice Echtermann: Der Kampf gegen die Desinformation

*Bill Gates hat das Coronavirus entwickelt, um uns alle (per Chip) zwangsimpfen zu lassen. Die Regierung, die Medien und die Wissenschaftler werden von höheren Mächten bezahlt. Niemand ist unabhängig, alle lügen.“*

## Weil wir schwarz sind

### Ein Film zur Black-Lives-Matter-Demonstration in Düsseldorf am 06.06.2020

Das Medienprojekt Wuppertal teilt mit: „Black lives matter“, „Nein zur Polizeigewalt“, „Stopp Rassismus“, „Black is beautiful“, „I can't breathe“, „No justice no peace“ – so steht es auf den Plakaten der Black-Lives-Matter-Demonstration in Düsseldorf am 06.06.2020. 20.000 Menschen demonstrieren hier anlässlich des Todes des Afroamerikaner George Floyd, der am 25. Mai in Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota durch eine gewaltsame Festnahme von vier weißen Polizisten getötet wurde.

Der Film von jungen Filmemacher\*innen vom Medienprojekt Wuppertal dokumentiert die Kraft der Demonstration und lässt viele schwarze junge Menschen zu Wort kommen. Er zeigt ihre Motivation sich zu zeigen und zu kämpfen, erzählt ihre rassistischen Verletzungen in der Vergangenheit, ihre Wut und ihren Wunsch nach Gleichheit und Gerechtigkeit und ein respektvolles Zusammenleben aller Menschen hier in Deutschland.

Die Demonstrierenden erzählen ihre eigene Erfahrung mit Rassismus in Deutschland: Wie sie oft anders behandelt werden als Weiße, wie sie beim Fußball vom Gegenspieler als ‚Nigger‘ beschimpft oder in der Grundschule bespuckt wurden, wie sie trotz guter Noten nach der Grundschule nicht ins Gymnasium gehen durften, wie sie sich durch Blicke und Sprüche von alten Menschen abgewertet fühlten, wie sich

Menschen in der Bahn wegen ihrer Hautfarbe wegsetzten, wie sie von der Polizei grundlos als schuldig behandelt oder im Bus wegen ihrer Hautfarbe kontrolliert wurden, von Problemen mit dem Vermieter oder auf der Arbeit, wie die Lehrerin ‚Neger‘ sagte und von dem Gefühl, in der Klasse Außenseiter zu sein und lauter ‚nicht böse-gemeinte‘ Witze zu hören, von der stetigen Frage ‚Sprechen Sie deutsch?‘, davon, wie ein Affe angefasst zu werden oder wie sie als schwarze Männer beim Feiern ausgeschlossen werden, weil sie als gewaltbereit, als Gefahr angesehen werden.

‘Es ist mein gutes Recht, Respekt zu fordern. Ich muss mir das nicht gefallen lassen. Wie anders bin ich denn?’. Sie wollen nicht reduziert werden auf die Hautfarbe sondern nach ihrem Charakter bewertet werden. Zum Ende des Film sagt eine Demonstrantin: ‚Jeder von uns wird diese Demonstration irgendwann mal brauchen, egal was passiert. Ob jetzt Deutschland gegen Muslime ist oder die ganze Welt gegen Homosexuelle. Wir müssen für die da sein‘. Der Tenor der Schlusskundgebung: Beide, Schwarz und Weiß, müssen den ersten Schritt machen, den Dialog suchen und einander zuhören.“

#### Die Doku auf Youtube unter:

[www.youtube.com/watch?v=lxVWW7OvuGQ](https://www.youtube.com/watch?v=lxVWW7OvuGQ)

## In den Farben getrennt, im Fußball vereint

### Video gegen Rassismus

Der 1. FC Köln teilt mit: „Normalerweise würde auf den FC-Kanälen nie ein jubelnder Gladbach-Spieler gefeiert. Am Freitag, den 5. Juni 2020, macht der 1. FC Köln eine Ausnahme und sendet gemeinsam mit Borussia Mönchengladbach, Schalke 04 und dem BVB ein klares Zeichen gegen Rassismus.“

Die Rivalitäten zwischen diesen Clubs gehören zu den größten und hitzigsten im deutschen Fußball. Daher wäre es normalerweise undenkbar, Tore und Spieler des regionalen Konkurrenten auf den eigenen Plattformen zu feiern. Von dieser Regel machen die Vereine am heutigen Freitagnachmittag eine Ausnahme und setzen aus Anlass der Proteste in den USA ein gemeinsames Zeichen gegen Rassismus.

In einem Video, das zeitgleich auf den Social-Media-Kanälen der vier Bundesligisten veröffentlicht wurde, sind die besonderen Torjubiläum von Anthony Modeste, Marcus Thuram (Gladbach) und Jadon Sancho (Dortmund) sowie die Armbinden-Aktion von Schalkes Weston

McKennie vom vergangenen Spieltag zu sehen. Optisch angepasst an die Anti-Diskriminierungskampagne der Deutschen Fußball-Liga DFL erscheint in den Videos das Motto „In den Farben getrennt, im Fußball vereint – No Racism“. Die Botschaft ist universell: Bei aller sportlichen Konkurrenz bleiben Fairplay und unteilbare Menschenrechte die Grundlagen unseres Zusammenlebens – und damit auch des Sports.“



## **Jugend erinnert**

### **Ausschreibung zu digitalen Formaten für internationale Jugendbegegnungen zu historischen Orten der NS-Verfolgung**

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) teilt mit: *„Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft und die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie sind wichtige Grundlagen unserer Demokratie und freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Bundesprogramm ‘JUGEND erinnert’ sollen Gedenkstätten und die Erinnerung an das NS-Unrecht stärker gefördert und mehr jungen Menschen die Auseinandersetzung mit Geschichte ermöglicht werden. Die Stiftung EVZ führt international ausgerichtete Teile des Bundesprogramms ‘JUGEND erinnert’ mit Mitteln des Auswärtigen Amtes durch.*

*Wissens- und Informationsvermittlung sowie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus finden heute zunehmend über digitale Formate und Kanäle statt. Dort gewinnen Geschichtsrevisionismus und auf die Gegenwart*

*bezogene Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zunehmend an Einfluss (z.B. Online Hate Speech, neue Formen des Antisemitismus, Holocaust-Leugnung und -Verfälschung). Durch die aktuelle Covid-19-Pandemie ist die Bedeutung von digitalen Formaten für internationale Jugendbegegnungen nochmals deutlicher geworden. Eine Zunahme verschwörungstheoretischer Diskurse im digitalen Raum, u.a. von rechten Gruppierungen, lässt sich aktuell beobachten.*

*Dieser Programmteil fördert daher Projekte, die analoges und digitales Lernen verknüpfen und jungen Menschen ermöglichen, Erinnerungskultur aktiv und digital zu gestalten.“*

#### **Weitere Infos:**

<https://www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/auseinandersetzung-mit-der-geschichte/jugend-erinnert.html>

---

## **Engagement für ein Miteinander – gegen Menschenfeindlichkeit**

### **Der Kölner Mimoun Berrissoun wird mit Mevlüde-Genç-Medaille ausgezeichnet**

Das Projekt 180 Grad-Wende teilt mit: *„Die Landesregierung NRW hat Mimoun Berrissouns Engagement gegen Orientierungslosigkeit, Radikalisierung und Kriminalität mit der Mevlüde-Genç-Medaille gewürdigt. Übergeben wurde die Auszeichnung am 28.05.2020 in der Staatskanzlei in Düsseldorf von Ministerpräsident Laschet.*

*Armin Laschet: ‚Mimoun Berrissoun leistet mit seinem Projekt ‘180 Grad Wende’ Großartiges: Er macht biographische Wendemanöver möglich. Mit Prävention und sozialer Arbeit gibt er gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jungen Menschen aus benachteiligten Milieus Perspektiven, bevor sie in Extremismus und Kriminalität abgleiten. Dieses Netzwerk mit vielen ehrenamtlich Tätigen schafft es, jungen Menschen Orientierung zu geben, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und eine persönliche Zukunft aufzubauen.‘*

*Gerade in Zeiten der physischen Distanz ist diese Auszeichnung eine ganz besondere Würdigung. Sie zeigt, wie wichtig es ist, auch in von Unsicherheiten geprägten Krisenzeiten den Zusammenhalt nicht zu verlieren. In seiner Ansprache fand Mimoun Berrissoun dafür passende Worte: ‘Miteinander und menschliche Nähe sind*

*das Wirksamste, womit wir dem Virus der Menschenfeindlichkeit begegnen können. Dadurch unterscheidet er sich von allen anderen – das wissen wir aus langjähriger Arbeit.’*

*180 Grad Wende engagiert sich mit bedarfsorientierten Projekten in der sozialen Arbeit und Prävention. Jungen Menschen sollen Chancen aufgezeigt und eröffnet werden um ihnen zu ermöglichen eine positive Veränderung in ihrem Leben und ihrem Umfeld herbeizuführen. Damit soll auch Perspektivlosigkeit, Radikalisierung und Kriminalität vorgebeugt werden. Mimoun Berrissoun und ein NRW-weites Netzwerk aus engagierten Ehrenamtlichen möchten für junge Menschen als Vorbilder, Mentoren und Vermittler fungieren.*

*Die Mevlüde-Genç-Medaille wurde zum zweiten Mal vergeben. Mevlüde Genç und ihr Mann verloren zwei Töchter, zwei Enkelkinder und eine Nichte, als in der Nacht des 29. Mai 1993 vier rechtsextreme Jugendliche Brandsätze in das Haus der Familie Genç in Solingen warfen. 17 Familienmitglieder wurden zum Teil sehr schwer verletzt und leiden noch heute an den Folgen.“*

## **Keshet Deutschland mit Kompassnadel geehrt Initiative junger jüdischer Queers vom Schwulen Netzwerk NRW ausgezeichnet**



Keshet Deutschland teilt mit: „Zum 20. Mal verleiht das Schwule Netzwerk NRW in diesem Jahr die Kompassnadel für einzigartiges Engagement für Lsbtiq\* Communities. Im Jahr 2020 zeichnet das Netzwerk die Organisation Keshet Deutschland aus, eine Initiative junger jüdischer Queers. Keshet bietet in derzeit einzigartigem Umfang eine Plattform für Lsbtiq\* Jüd\_innen und ihre Lebensrealitäten, und arbeitet daran die Koexistenz von jüdischer Religiosität und Lsbtiq\* Identität damit sowohl in jüdischen Gemeinden als auch in der Mehrheitsgesellschaft sichtbar und selbstverständlicher zu machen.

„Die Vereinbarkeit von Glauben und queerer Identität ist für viele Mitglieder unserer Communities ein wichtiges Thema“, sagt Jürgen Rausch, Vorstand des Schwulen Netzwerks NRW. „Lsbtiq\* Personen gehören zu allen Bereichen unserer Gesellschaft – auch zu Glaubensgemeinschaften. Und wie überall sonst sollten sie her mit ihrer ganzen Identität willkommen sein.“ Dieses Ziel verfolgt Keshet Deutschland für queere Jüd\_innen – ob im Kleinen, mit queeren Shabbat-Feiern und psychosozialer Unterstützung, oder im Großen, indem sie durch Bildungsangebote nach Innen, wie Außen für Sichtbarkeit und Aufklärung sorgen. So war die

Organisation 2019 auf dem Gemeindetag des Zentralrats der Juden vertreten und 2020 Teil der ARD-Dokumentation ‘Jung – schwul – gläubig’, die ein großes Publikum erreichte.

‘In Zeiten, in denen sowohl Antisemitismus als auch LSBTIQ\*-Feindlichkeit in Deutschland Zulauf haben, ist es besonders wichtig, Strukturen zu schaffen, in denen queere Jüd\_innen empowert und ihre Interessen vertreten werden. Keshet hat hierzu einen unschätzbaren Beitrag geleistet, den wir als Schwules Netzwerk mit der Kompassnadel ehren’, so Laura Becker, ebenfalls Vorstandsmitglied des Schwulen Netzwerks NRW.

Denn Keshet ist in Deutschland momentan das einzige Angebot seiner Art. Zwar gibt es in einigen wenigen jüdischen Gemeinden bereits länger existierende Angebote von und für Lsbtiq\* Jüd\_innen, als bundesweit aktive Organisation, die sich sowohl Empowerment als auch Sichtbarkeit zum Ziel gesetzt hat, besitzt Keshet allerdings ein Alleinstellungsmerkmal. Der Verein wurde 2018 in Berlin gegründet und verzeichnet mittlerweile ca. 100 Mitglieder. Regionale Angebote außerhalb der Hauptstadt sind im Aufbau, so etwa mit Keshet Köln, der ersten Regionalgruppe des Vereins. Zu den Aktivitäten von Keshet gehören Netzwerk- und Austauschangebote im On- und Offlinebereich, Vorträge und Fortbildungsveranstaltungen, interreligiöse Austauschformate und vieles mehr. Dabei bewegt Keshet ganz klar auch eine politische Verantwortung: ‘Wir haben alle die gleiche Verantwortung. Die Verantwortung dafür, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen Homo- und Transfeindlichkeit, gegen Sexismus und Vergangenheitsabwehr einzutreten,’ so Keshet-Vorstandsvorsitzender Monty Ott.“

## Deutlicher Anstieg der Anfragen zu rassistischer Diskriminierung Antidiskriminierungsstelle des Bundes legt Jahresbericht 2019 vor



Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes teilt mit: „Die Zahl der Beratungsanfragen zu Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft bzw. rassistischen Zuschreibungen stieg 2019 um knapp zehn Prozent auf 1176 Fälle oder 33 % aller Anfragen bei der unabhängigen Antidiskriminierungsstelle. Noch 2016 lag ihr Anteil bei nur 25 %. Insgesamt hat die Stelle im vergangenen Jahr in 3580 Fällen rechtliche Auskunft er-

teilt, Stellungnahmen eingeholt oder gütliche Einigungen vermittelt. Die Gesamtzahl der Beratungsanfragen ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent gestiegen (2018: 3455 Fälle).

Neben der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft verteilen sich die Anfragen auf die anderen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützten Diskriminierungsmerkmale wie folgt: Zu Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts gingen 29 % der Beschwerden ein. Es folgen Diskriminierungen aufgrund einer Behinderung (26 %), des Lebensalters (12 %), der Religion (7 %), der sexuellen Identität (4 %) und der Weltanschauung (2 %). Der größte Anteil der berichteten Diskriminierungen geschieht im Arbeitsleben: 36 % der Anfragen bezogen sich 2019 auf Benachteiligungen im Beruf oder bei der Jobsuche. Am zweithäufigsten (26 %) ging es um Diskriminierung bei Alltagsgeschäften, also bei der Wohnungssuche, beim Einkauf, in der Gastronomie oder bei Versicherungs- und Bankgeschäften. Darüber hinaus gingen zahlreiche Anfragen zu Lebensbereichen ein, in denen das AGG nicht greift; dazu zählt auch staatliches Handeln.

‘Deutschland hat ein anhaltendes Problem mit rassistischer Diskriminierung und unterstützt Betroffene nicht konsequent genug bei der Rechtsdurchsetzung’, sagte der kommissarische Leiter der Antidiskriminierungsstelle, Bernhard Franke, bei der Vorstellung des Berichts. Das Gefühl, mit einer Ungerechtigkeit alleine gelassen zu werden, hat auf Dauer fatale Folgen, die auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Diskriminierung zermürbt.’

Die Antidiskriminierungsstelle fordert den Gesetzgeber in Bund und Ländern deshalb auf, die

Rechtsstellung und die Hilfsangebote für Betroffene deutlich zu verbessern. Dabei geht es zum einen um eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und zum anderen um konsequenteres Vorgehen gegen Diskriminierung von Seiten der Länder. ‘Eine AGG-Reform gehört dringend mit auf die Tagesordnung des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus. Nötig sind längere Fristen zur Geltendmachung von Ansprüchen, ein Auskunfts- und Klagericht der Antidiskriminierungsstelle und ein Verbandsklagericht. Denn wir werden gegen rassistischen Hass in seiner extremsten Form nicht erfolgreich vorgehen können, wenn wir die Diskriminierung im Alltag als nachrangig behandeln’, sagte Franke.

Auch der Schutz vor Diskriminierung bei staatlichem Handeln müsse eindeutiger gefasst und mit klaren Rechtsfolgen versehen werden. Hier seien vor allem die Länder gefragt.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sieht vor diesem Hintergrund in dem kürzlich in Berlin verabschiedeten Landesantidiskriminierungsgesetz, dem ersten seiner Art in der Bundesrepublik, einen wichtigen Schritt, der Betroffenen unter anderem auch bei Diskriminierung durch Polizeibeamte oder im Bildungsbereich Beschwerdewege und Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche eröffnet. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes spricht sich zudem für den Aufbau von Landes-Antidiskriminierungsstellen in allen Bundesländern aus. Bisher ist das nur in acht von 16 Ländern geschehen. Erst in diesem Frühjahr habe der Europarat Deutschland aufgefordert, ein stimmigeres System zur Unterstützung Betroffener zu schaffen. ‘Die Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes darf auch und gerade in der Krise nicht auf bessere Zeiten vertagt werden’, sagte Franke.

Seit dem Jahr 2019 veröffentlicht die Antidiskriminierungsstelle des Bundes Jahresberichte über ihre Tätigkeit. Diese ergänzen den umfassenden Bericht an den Bundestag, den die Stelle einmal in der Legislaturperiode gemeinsam mit den Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und für Migration, Integration und Flüchtlinge sowie anderen zuständigen Beauftragten dem Parlament übermittelt.“

### Der Jahresbericht zum Download unter:

<https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2019.html>

## **Zahl der Straftaten sinkt im dritten Jahr in Folge Politisch Motivierte Kriminalität steigt dagegen um 14 Prozent**

Bundesinnenminister Horst Seehofer stellt Anfang Juni gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Thüringens Innenminister Georg Maier, und dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, in Berlin die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2019 sowie die Fallzahlen der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) für das Jahr 2019 vor. Im Folgenden Die Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums in Auszügen: *„Die PKS verzeichnete 2019 weniger als 5,3 Millionen Straftaten, ausländerrechtliche Verstöße nicht mitgezählt. Das ist der niedrigste Wert seit 2005. 2009 gab es noch mehr als 6 Millionen Straftaten. Die Zahl der Straftaten sinkt damit im 3. Jahr in Folge, während die Bevölkerung wächst. Die Aufklärungsquote lag 2019 bei 56,2 %.*

*Die Zahl der politisch motivierten Straftaten macht etwa 1 Prozent aller registrierten Straftaten aus. Sie ist im vergangenen Jahr um rund 14 Prozent auf 41.177 gestiegen. Damit befindet sich die politisch motivierte Kriminalität auf dem zweithöchsten Stand seit Einführung dieser Statistik im Jahr 2001. Die Straftaten im Phänomenbereich PMK-rechts- machen mit 22.342 Straftaten mehr als die Hälfte (54,3 %) der registrierten Taten aus. Während hier ein Zuwachs von rund zehn Prozent (9,4 %) zu verzeichnen ist, ist die Zahl der Straftaten PMK-links- um 23,7 % auf knapp 10.000 Delikte gestiegen.*

*Die Gewaltstraftaten aus dem Bereich der PMK-rechts- gegen 'Amts- und Mandatsträger' gipfelten im Jahr 2019 (bei insgesamt 1.674 Straftaten in diesem Bereich) im Mord am Kassler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke. Bundesinnenminister Horst Seehofer: ‚Die größte Bedrohung geht weiterhin vom Rechtsextremismus aus. Wir haben allen Grund, hier mit größter Wachsamkeit vorzugehen. Wir müssen Tag für Tag das Menschenmögliche tun, um den Schutz unserer Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu brauchen wir einen starken Staat auf dem Fundament unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.‘*

*Von den insgesamt erfassten politisch motivierten Straftaten weisen im Jahr 2019 76,4 % einen extremistischen Hintergrund auf (31.472), d. h. es gab Anhaltspunkte dafür, dass sie darauf abzielten, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind. Hier gibt es im Vergleich*

*zum Vorjahr einen Anstieg um 13,8 % (PMK-rechts-: +9,7%; PMK-links-: + 39,5 %).*

*Im Jahr 2019 haben die Straftaten im Themenfeld Hasskriminalität mit 8.585 gegenüber dem Jahr 2018 mit 8.113 um 5,8 % zugenommen. Maßgebend für die hohen Fallzahlen im Bereich der Hasskriminalität waren wie auch im Vorjahr insbesondere die fremdenfeindlichen Straftaten, die im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 % zugenommen haben (2019: 7.909; 2018: 7.701). Antisemitische Straftaten sind um 13,0 % gegenüber dem Jahr 2018 angestiegen (2019: 2.032; 2018: 1.799). Der überwiegende Teil wurde mit 93,4 % dem Phänomenbereich PMK-rechts-zugeordnet.*

*Im zum 01.01.2019 neu geschaffenen Tatmittel Hassposting wurden im Jahr 2019 1.524 Straftaten (2018: 1.472 im damaligen Oberthema Hasspostings) registriert. Davon wurden 1.108 Delikte der PMK-rechts-zugeordnet, 21 der PMK-religiöse Ideologie-, 199 der PMK-links- und 27 der PMK-ausländische Ideologie. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 950 Straftaten (2018: 910) mit islamfeindlichem Hintergrund erfasst. Dies entspricht einem Anstieg um 4,4 % im Vergleich zum Vorjahr. 856 Straftaten davon entfielen auf den Phänomenbereich PMK-rechts-, was einen Anteil von 90,1 % an den Straftaten ausmacht.*

*Im seit dem 01.01.2019 gültigen neuen Themenfeld ‚Ausländerfeindlich‘ wurden für das Jahr 2019 3.703 Straftaten, davon 506 Gewaltdelikte, registriert. Der größte Teil wurde mit 3.625 Straftaten, davon 492 Gewaltdelikte, dem Phänomenbereich PMK-rechts-zugeordnet. Im Jahr 2019 wurden zudem insgesamt 677 Straftaten mit dem Oberthema ‚Reichsbürger/Selbstverwalter‘ gemeldet.*

*‚Die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität zeigt uns vor allem eine neue Dimension, was die Bedrohung unserer Demokratie angeht. Klar ist, die Gefahr kommt von rechts. Innerhalb eines Jahres sind 13 Menschen rechtsterroristischen Attentaten zum Opfer gefallen. Wir müssen dem konsequent mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenen‘, so Thüringens Innenminister Georg Maier.*

### **Die gesamte Pressemitteilung unter:**

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/05/fallzahlen-politisch-motivierte-kriminalitaet-2019-vorgestellt.html>

## **Verschwörungsideologien sind Gefahr für die Demokratie Verfassungsschutzbericht NRW 2019 veröffentlicht**

Das Innenministerium NRW teilt mit: „Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz sieht die Digitalisierung des Extremismus als größte Herausforderung für alle Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen. Dies geht aus dem am 9. Juni 2020 von Minister Herbert Reul vorgestellten Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2019 hervor. [...]

Ein besonderes Augenmerk legte der Minister auf den Bereich der Verschwörungsideologien, die mitverantwortlich dafür sind, dass extremistische Ansichten über das Internet in die Mitte der Gesellschaft sickern und sich sogenannte 'Mischszenen' aus ganz unterschiedlich motivierten und sozialisierten Menschen bilden. 'Da finden sich dann Hooligans, Rocker, Rechtsextremisten und Wutbürger. Aber eben auch ganz normale Leute, die sich Sorgen machen, nachdem sie so viel im Netz über die vermeintlich schlimmen Verhältnisse gelesen haben', so Reul. Aus ihren Reihen kommen dann die sogenannten Einzeltäter, die im Namen einer 'höheren Sache' handeln, eine vermeintliche Wahrheit erkennen und sich als aufrichtige Kämpfer gegen eine internationale Verschwörung sehen. Reul verwies bei der Vorstellung des Berichts beispielhaft auf den Attentäter von Halle, der sich als ein 'unfreiwillig im Zölibat lebender' Mann sah, dem sein 'Recht' auf Fortpflanzung durch den Feminismus genommen wurde. Außerdem wies er auf den Attentäter von Hanau hin, der am 19. Februar 2020 zehn Menschen tötete und in seiner Schriftensammlung beschreibt, wie er angeblich als Kind Opfer einer Chip-Einpflanzung wurde. 'Wir sprechen hier von einer echten Gefahr für unsere Demokratie. Jemand, der glaubt, dass die Corona-Pandemie eine große Lüge sei, um Bürgerrechte einzuschränken, wird sich kaum mehr durch Bürgerengagement und Teilnahme an Wahlen in den demokratischen Prozess einbringen. Zumal wenn er glaubt, dass die Medien diese große Lüge kollektiv mittragen', so Reul.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Politisch Motivierte Kriminalität in Nordrhein-Westfalen insgesamt zurückgegangen. So wurden im Jahr 2019 6.032 Politisch Motivierte Straftaten bekannt (2018: 6.238). Das ist ein Rückgang um 206 Delikte beziehungsweise 3,3 Prozent. Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität von rechts ist mit 3.661 Straftaten (2018: 3.767) im Vergleich zum Vorjahr um 106 Straftaten gesunken. Propagandadelikte und Volksverhetzungen machen mit

79,7 Prozent (2.917 von 3.661 Straftaten) den überwiegenden Anteil aus (2018: 75,1 Prozent). Die Anzahl der Gewaltdelikte durch rechtsmotivierte Tatverdächtige ist mit 158 Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 27,2 Prozent gefallen (2018: 217 Straftaten). Überwiegend handelte es sich hierbei um Körperverletzungen (138 Straftaten bzw. 87,4 Prozent).

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich Links ist leicht gestiegen, um rund zwei Prozent auf 1.424 (2018: 1.394). Ein starker Rückgang ist bei den linksextremistisch motivierten Gewaltdelikten zu verzeichnen. [...] 'Diese Zahlen sind gut, aber sie sind kein Grund zur Entwarnung. Denn was uns Sorgen macht, ist nicht so sehr die Quantität, sondern die Qualität. Und das bei rechts und links motivierten Straftaten. So verzeichnen wir etwa bei antisemitisch motivierten Straftaten einen Rückgang von 350 in 2018 auf 315 in 2019. Vor dem Hintergrund der Ereignisse von Halle und dem Versuch, in der Synagoge Menschen zu erschießen, wäre es aber eben fahrlässig, so zu tun, als sei hier alles im 'grünen Bereich', so der Minister.

Für den Bereich Islamismus stellen laut des Berichtes ausländische Kämpfer, verurteilte Jihadisten, die ihre Haft verbüßt haben, und Rückkehrer weiterhin ein besonderes Risiko dar. Sie werden von der Polizei in Abstimmung mit dem Verfassungsschutz als 'Gefährder' eingestuft und mit Überwachungsmaßnahmen belegt. Die große Missionierungswelle im Bereich des Salafismus scheint derweil zu stagnieren. So verzeichnet der Verfassungsschutz 2019 nur noch einen leichten Anstieg bei der Anzahl extremistischer Salafisten um 100, von 3.100 im Jahr 2018 auf 3.200 im Jahr 2019. Allerdings befinden sich die Zahlen weiterhin auf hohem Niveau. [...]

Der Minister nutzte die Vorstellung zudem für einen Appell. 'Ich verstehe, wenn sich Bürgerinnen und Bürger angesichts der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie Sorgen machen und demonstrieren wollen. Man kann auch unterschiedlicher Meinung darüber sein, welche Maßnahmen gerechtfertigt oder überzogen sind. Aber jeder sollte sich anschauen, wer links und rechts neben ihm auf dieser Demonstration steht. Und ob er sich damit gemein machen will.'

**Den Bericht zum Download unter:**  
[www.im.nrw.de](http://www.im.nrw.de)

## **Neue Studie zur Erinnerungskultur in Deutschland Verzerrte Perspektiven auf die NS-Zeit trotz Sorgen um Geschichtsrevisionismus**

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) teilt mit: „In der deutschen Gesellschaft finden sich teils deutlich verzerrte Perspektiven auf die Zeit des Nationalsozialismus, so lautet ein wesentliches Ergebnis der Studie ‘MEMO Deutschland - Multidimensionaler Erinnerungsmonitor’ des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Die repräsentative Befragung unter 1.000 Personen wird seit 2017 von der EVZ unterstützt.

Ein Schwerpunkt der Studie lag darauf, wie die Befragten das Ende des Zweiten Weltkriegs, das sich am 8. Mai zum 75. Mal jährt, rückblickend einordnen und bezeichnen würden. Dabei bewerten sie die Begriffe der ‘Befreiung’ (87,0%) und des ‘Neuanfangs’ (81,2%) als die geeignetsten, um zu beschreiben, was das Kriegsende 1945 für Deutschland bedeutet hat - den Begriff der ‘Niederlage’ (70,3%) schätzen sie im Vergleich als am wenigsten geeignet ein. ‘Die Worte, die wir für historische Ereignisse wählen, verraten viel darüber, welche Rolle wir uns selbst dabei zuschreiben. Dass in Deutschland das Kriegsende vor allem als ‘Befreiung’ und ‘Neuanfang’ erinnert wird, erscheint nicht unproblematisch’, erklärt Sozialpsychologe Michael Papendick, Mitarbeiter am IKG und einer der Autor\*innen der MEMO-Studien. ‘Diese Umschreibungen könnten nahelegen, die Deutschen seien dem nationalsozialistischen Regime zum Opfer gefallen, sodass sie befreit werden mussten, und dabei verschleiern, dass weite Teile der Bevölkerung dieses Regime mitgetragen und geduldet haben, zum Teil selbst darin verstrickt waren.’ Verzerrte Perspektiven auf die historischen Ereignisse spiegeln sich in einer Reihe von Befunden der MEMO-Studien wider. Dies sei auch deswegen bemerkenswert, weil zugleich ein großer Teil der Befragten (64,6%) die Sorge äußert, die deutsche Erinnerungskultur könne von Rechtspopulisten vereinnahmt werden.

Die Befragten schätzen, dass nur rund 40% der deutschen Bevölkerung während der NS-Zeit von der systematischen Ermordung von Menschen wusste, mehr als die Hälfte der Deutschen also ‘nichts gewusst’ habe. Zudem zeigt sich, dass Befragte auch gefallene deutsche Soldaten zu den Opfern während der Zeit des Nationalsozialismus zählen und die Hälfte (49,9%) eine aktive Erinnerung an diese befürwortet. Unter dem Begriff des ‘Opfers’ verstehen

Befragte nicht nur die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, sondern auch die Opfer der Bombenangriffe, Vertriebene, Soldaten. ‘Es stellt sich die Frage nach der möglichen gesellschaftlichen Funktion einer solchen Perspektive. Geht es dabei noch immer oder schon wieder um die Verdrängung von Verantwortung? Oder erlaubt die verbreitete Anerkennung von historischer Verantwortung auch die Erinnerung an deutsche Opfer? Historische Bildung muss konkret sein, historische Zusammenhänge aufzeigen und nach politischen Positionen fragen,’ betont Dr. Ralf Possekel, Vorstand der Stiftung EVZ.

Die Studienteilnehmer\*innen schätzen, dass 34,0% der Deutschen während der NS-Zeit zu den Täter\*innen zählten, aber deutlich weniger (15,4%) potentiellen Opfern geholfen haben. Dass sie selbst während der Zeit des Nationalsozialismus zu den Täter\*innen gezählt hätten, halten die wenigsten Befragten für wahrscheinlich (10,5%), dass sie selbst anderen geholfen hätten dafür umso mehr (65,3%). Diese Selbsteinschätzung ließe sich positiv so deuten, dass die Befragten aus einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte gelernt haben, aber auch so, dass sie die eigene Courage über- und den Einfluss gesellschaftlicher Prozesse und situationsbedingter Faktoren unterschätzen. Eine solche Lesart deckt sich mit den Einschätzungen der Befragten, die berichten, über die Einstellungen der deutschen Bevölkerung während der NS-Zeit und ihre Reaktionen auf die Verbrechen des NS-Regimes vergleichsweise wenig zu wissen. ‘Wir nehmen nicht an, dass die Befragten ihren Blick auf die NS-Zeit bewusst verzerren, oder sich selbst bewusst überschätzen, sondern dies das Ergebnis von kollektiven Erinnerungs- und Wissenslücken ist’, sagt Papendick. ‘Umso wichtiger erscheint daher eine vielfältige Erinnerungskultur, die neben dem bloßen Erinnern auch eine Auseinandersetzung mit Geschichte ermöglicht, damit rechtes Gedankengut und Geschichtsrevisionismus nicht noch weiter in entstehenden Wissenslücken verfangen können.’“

### **Die Studie zum Download:**

[https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user\\_upload/EVZ\\_Uploads/Publikationen/Studien/EVZ\\_Studie\\_MEMO\\_2020\\_dt\\_Endfassung.pdf](https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Publikationen/Studien/EVZ_Studie_MEMO_2020_dt_Endfassung.pdf)

## **Identitätspolitik**

### **Neue Broschüre von Schule ohne Rassismus**

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage teilt mit: *„Identitätspolitik spielen auch in der Schule eine wichtige Rolle: Schüler\*innen ordnen sich Gemeinschaften zu, spielen mit Identitäten oder erfahren Zuschreibungen aufgrund von angenommenen oder tatsächlichen Gruppenzugehörigkeiten. Dr. Michael Kiefer, Islamwissenschaftler an der Universität Osnabrück,*

*macht in diesem Baustein auf mögliche identitätspolitische Konflikte und Zuschreibungen rund um das Thema Islam aufmerksam. Außerdem stellt er alternative Konzepte vor, die die Konstruktion von Unterschieden vermeiden.“*

#### **Die Broschüre zum Download unter:**

<https://www.schule-ohne-rassismus.org/jetzt-neu-baustein-identitaetspolitiken-und-schule/>

---

## **Tausende von Aktionen gegen Menschenfeindlichkeit**

### **Broschüre zu 25 Jahre Schule ohne Rassismus**

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage teilt mit: *„2020 feiern wir unseren 25. Geburtstag! Seit der Ernennung an der ersten Schule in Dortmund am 21. Juni 1995 ist sehr viel passiert. So ist das Netzwerk auf über 3.300 Schulen mit mehr als zwei Millionen Schüler\*innen angewachsen. Außerdem gibt es heute Landeskoordinationen in allen 16 Bundesländern und 90 Regionalkoordinationen als lokale Ansprechpartner\*innen, die Schüler\*innen und Pädagog\*innen bei Projekten begleiten.*

*In den letzten 25 Jahren haben an den Schulen Tausende von Aktionen gegen Menschenfeindlichkeit und für eine Gesellschaft, in der die Würde aller Menschen zählt, stattgefunden. Bei*

*unzähligen Projekttagen, Workshops, Konferenzen und Landestreffen kamen Schüler\*innen und Pädagog\*innen zusammen, um kreativ für diese Werte einzutreten. Gemeinsam arbeiten wir daran, eine Kultur des Hinsehens an den Schulen zu fördern und Kinder und Jugendliche stark zu machen, die sich gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit und für ein respektvolles Miteinander einsetzen. Wie sich das Netzwerk in den letzten Jahren 25 entwickelt hat, ist in unserer Festschrift zum Jubiläum nachzulesen.“*

#### **Die Broschüre zum Download:**

<https://www.schule-ohne-rassismus.org/wp-content/uploads/2020/06/25-Jahre-web.pdf>

---

## **Kontinuitäten**

### **Neue Ausgabe der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ erschienen**

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft teilt mit: *„Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus erleben seit einigen Jahren eine Konjunktur in Deutschland. Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau sind der bisher brutalste Ausdruck einer zunehmenden Rechtsradikalisierung in Teilen der Gesellschaft. Doch die menschenverachtenden und antidemokratischen Einstellungen sind keineswegs neue Phänomene. Vielmehr wurzeln sie in einer langen Geschichte rechter Ideologien und menschenfeindlicher Ressentiments in Deutschland, die dem Nationalsozialismus vorausgingen, ihn überdauerten und bis heute in unterschiedlicher Form fortwirken.*

*Die Beiträge des vorliegenden Bandes zeigen in einem breiten Spektrum die Kontinuitäten rechtsradikalen, rassistischen, antisemitischen,*

*antiziganistischen, frauen- und homosexuellenfeindlichen Denkens und Handelns in Deutschland und Österreich auf. Immer wieder machen die Beiträge deutlich: Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem heutigen wiedererstarken Rechtsradikalismus und Antisemitismus und einer kontinuierlichen Abwehr der nationalsozialistischen Vergangenheit. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland und über alle gesellschaftlichen Bereiche wie Politik, Justiz, Kultur und Wissenschaft hinweg wurde eine fundamentale Aufarbeitung der Vergangenheit lange versäumt und die tagesaktuelle rechte Gewalt bagatellisiert. Der Sammelband erhellt die Leerstellen dieser Auseinandersetzung mit historischen, sozialwissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Perspektiven.*

#### **Die einzelnen Artikel online unter:**

<https://www.idz-jena.de/schriftenreihe/>

## Neu in der Bibliothek

### Antisemitismus unter ‚muslimischen Jugendlichen‘!?



Steht ‚Antisemitismus‘ im Mittelpunkt von Diskussionen, so lässt die Frage von Nicht-Muslim\*innen nach einem ‚Antisemitismus unter Muslim\*innen‘ oder nach einem ‚muslimischen Antisemitismus‘ gemeinhin nicht lange auf sich warten. Nicht nur vereinzelt werden dabei muslim- bzw. islamfeindliche und auch rassistische relevante Perspektiven auf ‚die Anderen‘ –

als die ‚die Muslim\*innen‘ allzu oft imaginiert werden – zum Ausdruck gebracht. ‚Der Antisemitismus ist importiert‘ behaupten so einige und beziehen sich dabei häufig auf die Annahme, die Gesamtheit der Muslim\*innen sei antisemitisch und Antisemitismus nur ein migrationsbedingtes Phänomen. ‚Das steht doch bei Muslim\*innen nur in einem Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, Antisemitismus hat damit doch gar nichts zu tun‘ argumentieren andere. Neben derartigen Positionierungen sind darüber hinaus auch Äußerungen zu vernehmen, die auf größere Unsicherheiten und auch ambivalente Haltungen schließen lassen. Kurzum: Wenn es um die Frage nach Antisemitismus unter Muslim\*innen geht, zeigt sich, dass große Bedarfe für Klärungen, Differenzierungen und Verhältnisbestimmungen existieren.

Die Thematik, die unser Kollege der Fachstelle [m?], Dr. Stefan E. Hößl, in seiner Publikation

‚Antisemitismus unter ‚muslimischen Jugendlichen‘. Empirische Perspektiven auf Antisemitismus im Zusammenhang mit Religiösem im Denken und Wahrnehmen Jugendlicher‘ aufgreift, ist vielschichtig und es finden sich zum Teil sehr vehemente und emotionale Auseinandersetzungen zu ihr. Vor dem Hintergrund, dass dieses Thema jedoch zentrale Fragen des Zusammenlebens in einer pluralen demokratischen Gesellschaft sowie von Diskriminierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung auf mehreren Ebenen berührt, erscheint eine Beschäftigung mit ihm trotz und auch angesichts seiner Komplexität notwendig.

In seiner qualitativen, auf 23 biographischen und Leitfaden-gestützten Interviews basierenden Studie, die gleichzeitig seine Dissertationsschrift darstellt, fragt Stefan Hößl, welche Bedeutung das muslimisch-Sein seiner interviewten 17- bis 20-Jährigen überhaupt mit Blick auf Antisemitismus haben kann. Im Kern rekonstruiert er zwei sehr konträre Konstellationen, wobei sich neben Schnittstellen zwischen Religiösem im Denken und Wahrnehmen und Antisemitismus bei einigen auch ein religiöses Potential gegen Antisemitismus widerspiegelt. Seine Ergebnisse reflektiert Stefan Hößl mit Blick auf die antisemitismuskritische Bildungsarbeit, wobei er in diesem Zusammenhang darlegt, wieso er sich gegen zielgruppenspezifische Angebote ‚nur für muslimische Jugendliche‘ positioniert.

**Stefan E. Hößl: Antisemitismus unter „muslimischen Jugendlichen“. Empirische Perspektiven auf Antisemitismus im Zusammenhang mit Religiösem im Denken und Wahrnehmen Jugendlicher.**

Springer VS, Wiesbaden 2020  
472 Seiten, 54,99 Euro  
ISBN: 978-3-658-27576-1

## Am rechten Rand

---

### Chronologie der „Corona-Proteste“ im Regierungsbezirk Köln

Nach wie vor kommt es bundesweit – und natürlich auch in Köln und Umgebung – zu Protesten rund um die Corona-Schutzmaßnahmen. In Köln besteht dieses „Protest-Milieu“ aus verschiedenen Strängen, die alle teilweise miteinander verbandelt sind und sich andererseits auch wieder voneinander distanzieren. Bei den Teilnehmenden handelt es sich keinesfalls ausschließlich um extrem rechte Personen. Dennoch beteiligen sich eben auch Anhänger\*innen rechter Verschwörungserzählungen sowie Mitglieder rechtspopulistischer Organisation und mitunter sogar Personen aus der neonazistischen Szene

an den Veranstaltungen. Auf der Seite der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus finden Sie eine Auflistung an Aktionen und Kundgebungen im Regierungsbezirk Köln im Mai und Juni 2020, die allgemein dem „Corona-Protest“ zuzuordnen sind, die aber nicht notwendigerweise in Gänze als rechtsextrem charakterisiert werden können. Schwerpunkt der Aufzählung ist das Stadtgebiet Köln. (kg)

**Der Artikel unter:**  
[www.mbr-koeln.de](http://www.mbr-koeln.de)

---

### Widerstand2020: Auflösung und Neugründung

Die während des Corona-Lockdowns gegründete Kleinstpartei „Widerstand2020“ will sich auflösen. Dieses Vorgehen erfolgt jedoch nicht ganz uneigennützig: neben parteiinternen Querelen und unklaren Zuständigkeiten sind auch formale Fehler im Gründungsverlauf von Widerstand2020 bekannt geworden, die den zukünftigen Zugang zu Wahlen verhindern könnten. Die Auflösung ist von kurzer Dauer: eine Neugründung ist für Ende Juni 2020 geplant.

Der durch seine Corona-Videos bekannt gewordene HNO-Arzt Bodo Schiffmann, der zu den

Gründern von „Widerstand2020“ zählt, hatte schon Anfang Juni aufgegeben. Er will nun die neue Kleinstpartei „Wir2020“ in Anlehnung an „Widerstand 2020“ ins Leben rufen. Als Parteisitz hat Schiffmann Bonn gewählt und begründet dies auf seinem YouTube-Kanal damit, dass „in Berlin momentan vieles nichts so ist und auch die Politik nicht so ist, dass man sich mit Berlin wirklich identifizieren kann“. Weiter führt er an, dass „Wir2020“ solange in Bonn bleibt „bis wir das Gefühl haben ‚Jetzt ist in Berlin wieder der Sitz der Demokratie‘“. (kt)

---

### Wahlwerbung beim Aufbruch Leverkusen

Der „Aufbruch Leverkusen“ rund um Markus Beisicht begibt sich seit Anfang Juni massiv in die Vorbereitungen für die im Herbst anstehenden Kommunalwahlen. So veranstaltete die Partei verschiedene „Aktionstage“, an denen Infomaterial an Passant\*innen und in Briefkästen verteilt wurden sowie Infostände, an denen Flugblätter ausgegeben und Unterschriften gesammelt wurden.

Auch bewirbt der „Aufbruch Leverkusen“ bereits Veranstaltungen im Herbst wie zum Beispiel eine Kundgebung inklusive Demonstrationzug durch die Leverkusener Innenstadt. Als Redner ist André Poggenburg geladen, der beinahe als Dauergast für den „Aufbruch Leverkusen“ fungiert. (kt)

### **Durchsuchungen wegen Hasskommentaren gegen Walter Lübcke**

Am 4. Juni 2020 fanden in zwölf Bundesländern Hausdurchsuchungen und Vernehmungen gegen 40 Personen statt, die durch das Verfassen von Hasskommentaren im Internet auffällig geworden waren. Dabei ging es um Beiträge, über den im Juni 2019 ermordeten Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. In Köln wurde

ein 61jähriger wegen Verdacht auf „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“ durch die Polizei vernommen. In Bonn beschlagnahmte die Polizei Computer, Handys und andere Datenträger eines 57jährigen. (fe)

---

### **Rassistischer Übergriff in Straßenbahn**

Am 13. Juni kam es in der Linie 18 zu einem rassistischen tätlichen Übergriff auf eine 24-Jährige Frau durch einen etwa 40 Jahre alten Mann.

Nach zunächst sexistischen Übergriffen machte die Betroffene andere Mitmenschen auf sich aufmerksam, erfuhr aber wenig bis keine Solidarisierung. Die Betroffene berichtet dem Magazin „Focus“: „Die Leute haben einfach nur zugeschaut. [...] Ich fühlte mich unbeholfen und inmitten von Menschen wie ein Schaustück. Klar, vielleicht waren viele mit den Gedanken woanders, aber das war einfach ein scheiß Gefühl“. Als der Täter aggressiver wurde, beschimpfte er sie schließlich rassis-

tisch und rief: „Dann steig doch aus, du schwarze Kartoffel.“

Mit Hilfe einer Unterstützerin gelang es der Betroffenen, die Bahn zu verlassen. Als sie den Anwesenden noch zuriefen, warum sie nur feige zugeschaut hätten, erwidert ein weiterer Fahrgast: „Ach komm – haltet die Klappe. Geh raus aus meinem Land.“

„Das war so niederschmetternd. Ich war fassungslos“, erklärte die Betroffene gegenüber dem EXPRESS. Sie sei in Köln geboren und aufgewachsen, Alltagsrassismus habe sie immer wieder erlebt. Doch in dieser Situation habe sie die Aussage besonders hart getroffen. Sie sei froh, den Vorfall zur Anzeige gebracht zu haben. (kt)

---

### **AfD-Splitter**

Weil er seine Mitgliedschaft u.a. in der völkisch-rechtsextremen Organisation „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) verschwiegen hatte, wurde der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag, Andreas Kalbitz, Mitte Mai durch einen äußerst knappen Beschluss des Bundesvorstandes der AfD aus der Partei ausgeschlossen. Mitte Juni wurde die Entscheidung vom Landgericht Berlin für unzulässig erklärt, da eine solche Entscheidung dem Bundeschiedsgericht der AfD obliege. Das Schiedsgericht wiederum entschied in einem Eilverfahren, dass Kalbitz bis zum Abschluss des Hauptverfahrens, vermutlich nicht vor Ende Juli, die Partei wieder verlassen soll. Gleichzeitig klagt Kalbitz gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz und fordert Auskunft über Mitgliederlisten der HDJ, da er eine Mitgliedschaft bestreitet.

Kalbitz zählte zu den Schlüsselfiguren des „Flügels“, dessen Auflösung insbesondere vom NRW-Vorsitzenden der AfD, Rüdiger Lucassen

aus Euskirchen, gefordert worden, nachdem der „Flügel“ vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft und zum Beobachtungsfall erklärt worden war.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg stufte Mitte Juni den Landesverband der AfD Brandenburg zum Verdachtsfall ein. Nach dem thüringischen ist dies der zweite Landesverband der als Verdachtsfall eingestuft wird. Trotz dieser Vorkommnisse, die auch auf die gesamte Partei Auswirkungen haben, äußert sich die Kölner AfD (im Gegensatz zu anderen Kreisverbänden) zu diesen Entwicklungen nicht – weder in distanzierender noch in affirmativer Weise.

Derweil bereitet sich die Partei im Regierungsbezirk Köln auf die kommende Kommunalwahl im September vor. In Köln stellt die AfD mit Christer Cremer einen eigenen OB-Kandidaten auf. In einzelnen Stadtteilen aber auch in

Refrath, und Jülich gab es bereits Wahlkampfveranstaltungen. In Eschweiler gründete sich Ende Mai ein neuer Ortsverband der AfD, der eine Teilnahme an der Wahl anstrebt.

In Aachen tritt mit Markus Mohr ein Vertreter des rechten Flügels der AfD als OB- und Spitzenkandidat an. Mohr wurde 2016 vorübergehend aus der Partei ausgeschlossen. Grund war

u.a. die Zusammenarbeit mit dem Ex-„pro NRW“-Ratsherrn Wolfgang Palm, der die Partei 2015 verlassen hatte und in der AfD eine neue politische Heimat suchte. Inzwischen hat sich Mohr in der AfD Aachen durchgesetzt, was neben seiner OB-Kandidatur auch dadurch belegt wird, dass Palm auf Listenplatz 2 antritt. (fe)

**Bildnachweise:**

- S. 4: Jan Krauthäuser
- S. 6: Pfd Köln
- S. 7: Allerweltshaus (o.), Nils Oskamp (M.), Solibund (u.)
- S. 9: Initiative N\*Wort stoppen
- S. 12: Zentralrat der Juden in Deutschland
- S. 14: Afrozensus
- S. 156 Screenshot Twitteraccount 1. FC Köln
- S. 18: Keshet Deutschland
- S. 19: Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- S. 24: Springer VS

**Impressum**

Redaktion:  
Hans-Peter Killguss  
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln  
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus  
Appellhofplatz 23-25  
50667 Köln  
Tel.: 0221 - 221 27963  
Fax: 0221 - 221 25512  
E-Mail: [ibs@stadt-koeln.de](mailto:ibs@stadt-koeln.de)  
[www.nsdok.de](http://www.nsdok.de)

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über [ibs@stadt-koeln.de](mailto:ibs@stadt-koeln.de). Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an [ibs@stadt-koeln.de](mailto:ibs@stadt-koeln.de) mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.